Sonntag, 2. Oktober 1921. **Einzelnummer 10 Mark.** 60. Jahrgang. Nr. 183.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 150.—
in den Ausgabestellen 160.—
durch Zeitungsboten 170.—
am Postamt 165.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 25.— M.
im Reklameteil 75.— M.
Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Der unvorsichtige Churchill.

Es ist noch nicht allzulange her, daß Lloyd George durch eine Rede den heftigen Zorn der französischen und der polnischen Presse erweckte. Nun folgt Churchill seinen Spuren. Ueber den Inhalt seiner großen Rede in Dundee wurde schon berichtet. Sie gab zunächst zwar Churchills Privatansichten wieder, aber zugleich doch sicher auch die Grundgedanken des gesamten englischen Kabinetts, namentlich auch die Auffassungen Lloyd Georges. Was der englische Kolonialminister im einzelnen erklärte, ist an sich ebensowenig neu wie die Warnungen eines Keynes. Von deutscher Seite ist mehr als einmal betont worden, daß nicht nur Europa, sondern die gesamte Welt wirtschaftlich unauflöslich ineinander verwoben sind, und daß die Wohlfahrt Frankreichs und Englands mit der Erhaltung eines lebensfähigen Deutschland auf das engste verknüpft ist. Diese Gesichtspunkte finden sich zuletzt in der Unterredung wieder, die General Ludendorff einem Berichterstatter des „Matin" gewährt hat. In Frankreich hat man diese Selbstverständlichkeiten sofort angefochten, einmal weil sie von General Ludendorff stammen, sodann weil die Solidarität Europas nicht in das europäische Programm Frankreichs hineinpaßt. Dieses Programm verlangt ein am Boden liegendes Deutschland, ein verarmtes Österreich und eine Kette von Vasallenstaaten.

Für die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsausgleichs setzt sich Churchill in lebhafter Weise ein. Er hat recht, darin den einzigen Ausweg zu erblicken, der den sonst in nicht allzuweiter Ferne drohenden Ruin und Zusammenbruch in letzter Minute aufhalten kann. Die Rettung erwartet der britische Minister aber nur von den Vereinigten Staaten. Mit Geschick wies er auf die Absatzschwierigkeiten des größten Gläubigerlandes der Welt hin. Er will den Amerikanern damit den Gedanken schmackhaft machen, auf einen Teil ihrer Ansprüche an die Verbündeten zu verzichten. Daß Deutschland unter der Last der phantastischen Entschädigungsforderungen und der Besetzungskosten dazu verurteilt ist, einem langsamen wirtschaftlichen Verfall entgegenzugehen, ist oft genug ausgeführt worden. Wenn die bolschewistische Hetzerei, über deren Tätigkeit, namentlich in den Englands östliche Interessensphären berührenden Ländern, Lord Curzon den Sowjets eine lange Klagenote zugehen ließ, an Boden gewinnt, so ist das ebenfalls der herrschenden wirtschaftlichen Unsicherheit und Not zuzuschreiben. Heraus kommen die Völker nur, wenn sie zusammenarbeiten, um gesunde Grundlagen für den Wiederaufbau herzustellen. Dazu ist es nötig, daß störende ehrgeizige Elemente zur Vernunft gebracht werden. Churchill sieht sich nach Helfern um. Er macht Italien Avancen, und er wendet sich an Amerika und Japan, um sie zu bestimmen, gemeinsam mit England der Sache des Friedens zu dienen. Die drohende Rivalität zwischen Tokio und Washington, die das gesamte britische Weltreich gefährden kann, ist wohl die größte Sorge am politischen Horizont der Engländer. Großbritannien will seine eigene mächtige Flotte behalten, aber den Wettbewerb zwischen Amerika und Japan ausschalten; schafft dieser doch nicht allein neue Reibungsflächen, sondern zwingt auch die Engländer zum Mitrüsten. So bildet Churchills Rede den bedeutsamen Auftakt zur Washingtoner Konferenz, auf der England sich bemühen will, nicht nur im Stillen Ozean die Spannung zu verringern, sondern Amerika zu veranlassen, die ganze Macht seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts in die Schale zu werfen, um auf Frankreich zu wirken. Präsident Harding kommt damit in die Lage, große Verantwortung auf sich zu laden, aber Amerika hat schließlich die Pflicht, dafür einzustehen, daß die Fehler wieder gutgemacht werden, die Präsident Wilson einst an Europa und am deutschen Volke begangen hat, das im Vertrauen auf seine Gerechtigkeit hin die Waffen aus der Hand legte.

Churchill hat die Aufgabe Londons klar und deutlich formuliert: diese Aufgabe ist die Abschwächung der Gegensätze. Die Angelsachsen wollen — im eigenen Interesse Englands natürlich — aus den Wirren der Kriegszeit heraus. Frankreich aber will nach Clemenceaus bekannten Ausspruch den Krieg mit anderen Mitteln fortsetzen. Hier liegt der Kernpunkt der Meinungsverschiedenheiten zwischen Franzosen und Engländern.

*

Nach Churchills Rede.

London, 30. September. „Daily Mail" veröffentlicht Äußerungen von Persönlichkeiten der Londoner City zur Rede Churchills über die Notwendigkeit einer Revision der aus dem Krieg entstandenen Verpflichtungen. Der Bankier Albert Kinderley erklärte: Die Streichung der Kriegsschulden werde zur Lösung des Währungsdurcheinander wesentlich beitragen. Diese Maßnahme hätte jedoch bereits vor zwei Jahren getroffen werden müssen. Wenn die britische Regierung auf die Großbritannien geschuldeten Beträge verzichten würde, so würden die Vereinigten Staaten dem Beispiel folgen. Laut „Daily Mail" wünscht die City zu wissen, ob die Äußerungen Churchills seine persönliche Ansicht darstellen oder Beschlüsse ankündigt, die das Kabinett fassen will. Eine diesbezügliche Erklärung Lloyd Georges werde mit Spannung erwartet.

Westungarn ruft seine Selbständigkeit aus.

Wien, 30. September. (PAT.) Wie die „Neue Freie Presse" und das „Neue Wiener Journal" berichten, traf in der Nacht eine Meldung aus Bukarest ein, daß am Mittwoch die Selbständigkeit Westungarns durch den Rat für Landesverteidigung proklamiert wurde. Die Leitung der Republik verbleibt in den Händen Stefan Friedrichs. Der Rat für Landesverteidigung hat eine Proklamation an die Bevölkerung Westungarns herausgegeben, die folgenden Wortlaut hat:

„Durch die uns von den verbündeten Mächten aufgezwungene Entscheidung war die ungarische Regierung gezwungen, sich der Hoheitsrechte über Westungarn zu begeben. Das Komitee für den Schutz des Staates, das die Herrschaft im umstrittenen Gebiet führt, steht auf dem Standpunkt der Selbstbestimmung der Völker und protestiert dagegen, daß fremde Mächte selbständig Entscheidungen über unseren Staat treffen. Wir werden auf unser tausendjähriges Vaterland nicht verzichten. Die ungarische Regierung war gezwungen uns aufzugeben, wir jedoch werden die Grenzen verteidigen."

Der Aufruf fordert weiter zum Frieden auf und kündet an, daß alle Verletzungen der Ordnung streng bestraft werden. Er endet mit der Aufforderung, daß im Interesse des Friedens alle Waffen im Verlaufe von 24 Stunden zur Verfügung der Behörden gestellt werden sollen.

Unbedingte Rückgabe des Burgenlandes.

London, 30. September. (PAT.) Die Botschaftskonferenz beschloß in der Sitzung vom 28. d. Mts., Ungarn dahin zu benachrichtigen, daß die Rückgabe des Burgenlandes an Österreich im Einvernehmen mit dem Ultimatum rücksichtslos bis zum 4. Oktober erfolgen soll. Die Konferenz, die erfuhr, daß Ungarn beabsichtige, einen neuen Jahrgang in Stärke von 20 000 Mann zu mobilisieren, benachrichtige Ungarn, daß ihm auf keine Weise die Durchführung der genannten Mobilisierung gestattet werden wird.

Oberschlesien.

Neues Material.

Berlin, 30. September. (Tel.-U.) Da die oberschlesische Angelegenheit zurzeit dem Völkerbund zur Entscheidung vorliegt, haben die deutschen Verbände in Oberschlesien, u. a. der „Berg- und Hüttenmännische Verein", der „Oberschlesische Landbund", der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund", „Gewerkschaftsbund" und „Gewerkschaftsring" und der „Katholische Klerus" neues Material über Oberschlesien gesammelt und der deutschen Regierung überreicht mit der Bitte, das Material den alliierten Regierungen und dem Völkerbund zugänglich zu machen. Die deutsche Regierung hat das Material erhalten und wird es in den nächsten Tagen in Form einer Note den alliierten Regierungen und dem Völkerbund überreichen.

Der Stand der Verhandlungen.

Genf, 30. September. (PAT.) In Kreisen, die dem Völkerbund nahe stehen, herrscht die Überzeugung vor, daß der Völkerbundsrat die Entscheidung in der oberschlesischen Angelegenheit sofort nach Beendigung der Sitzung der Versammlung des Völkerbundes fällen wird, also zwischen dem 6. und 10. Oktober. In Kreisen, die nicht unmittelbar am oberschlesischen Konflikt interessiert sind, ist man der Ansicht, daß die Autorität des Völkerbundes gefährdet sein würde, wenn der Völkerbundsrat eine Lösung vorschlüge, die Grund zu der Annahme geben könnte, der Völkerbundsrat diene den Interessen dieser oder jener Macht. Andererseits sieht man es für möglich an, daß der Völkerbundsrat für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze einen Sondervertrag zwischen beiden interessierten Parteien empfehlen wird, damit so unerwünschte Folgen, die in Verbindung mit der Teilung Oberschlesiens entstehen könnten, vermieden werden. Es ist sehr schwer, über den Stand der Beratungen in der Viererkommission etwas Genaues zu erfahren. Verschiedene Diplomaten behaupten, daß die Grenzlinie schon seit langem von Balfour und Bourgeois festgesetzt worden ist, sodaß es sich gegenwärtig nur um ihre endgültige Bearbeitung handelt.

Englische Ankäufe.

Kattowitz, 30. September. (Tel.-U.) Eine englische Privatgesellschaft hat in den Kreisen Kattowitz und Beuthen einige größere Parzellen Land angekauft und hat bereits weitere Angebote gemacht.

Meyerowicz über einen baltischen Bund.

Riga, 30. Septbr. (PAT.) Ministerpräsident Meyerowicz erklärte in einer Unterredung mit einem Presse-Vertreter folgendes: „Die nationalen Minderheiten machen uns oftmals Vorwürfe, die sich bei genauerer Prüfung als unbegründet erweisen. So war es mit den Polen, den Juden und den Deutschen. Während meiner Reise in Lettgalien überzeugte ich mich, daß von einer Verfolgung der Polen keine Rede sein könne. Ich besitze Beweise, daß das Gegenteil der Fall ist. So läßt sich zum Beispiel in Kreise Illuxt, der von Lettland feindlichen Kreisen für ein Gebiet angesehen wird, das nur vorläufig von Lettland besetzt ist und mit der Zeit an einen anderen Staat übergehen soll, in bedeutendem Maße eine Bedrückung der Letten wahrnehmen. Die Beziehungen zu Polen beginnen sich, wie es scheint, im allgemeinen zu bessern. Der polnische Gesandte gab mir die Versicherung, daß die Agrarreform bei weitem nicht die Hauptursache der Mißverständnisse sei. Wenn es wirklich so ist, so zweifle ich nicht daran, daß wir um so mehr die Möglichkeit einer Verständigung in anderen Fragen finden werden, vor allem, daß die Wilnaer Angelegenheit in Genf geregelt wird. Dann wird es möglich sein, einen Bund der baltischen Staaten zu bilden, dem im Einvernehmen mit den Wünschen Polens alle drei Republiken beitreten werden. Ich hege die Hoffnung, daß Polen weiter keine Privilegien irgend welcher Art in der Frage der „Entente cordiale" für sich fordern wird, da ich nicht daran zweifle, daß mit Rücksicht auf die Beziehungen zu Rußland gerade Polen mehr als ein anderer Staat diesen Bund der baltischen Staaten nötig hat. Was die Beteiligung Litauens am baltischen Bund anbetrifft, so müssen wir auf die Entscheidung zu Genf warten, um zu wissen, wie groß und stark Litauen sein wird. Über die Zugehörigkeit Wilnas wird nach meiner Ansicht in diesen Tagen entschieden werden, da auf beiden Seiten ein Druck ausgeübt worden ist. Die Beziehungen zwischen Lettland und Rußland sind auf dem Wege der Besserung. Die letzten Noten, die zwischen beiden Regierungen ausgetauscht wurden, sind nicht derart, daß sie zu einer Verschärfung der Lage beitragen.

Sejm.

Sitzung vom 30. September 1921.

Warschau, 1. Oktober. (PAT.)

Die Sitzung beginnt mit der Wahl von Mitgliedern für den staatlichen Auswanderungsrat. Es werden gewählt die Abg. Bardel, Wróblewski, Opaliński, Moraczewska, Pfarrer Kaczyński, Pfarrer Szkulski, Rudziński und Herc. Die dem Verfassungsausschuß zur Bearbeitung der Wahlordnung gestellte Frist wird mit Rücksicht auf die Kabinettskrise bis zum 23. Oktober verlängert.

Von dem Außenausschuß, dem Unterausschuß für Wilna und einigen Abgeordneten wird der Außenminister über den Stand der

Wilnaer Angelegenheit

interpelliert.

Minister Skirmunt erklärt, daß Polens Politik gegenüber Litauen einerseits von dem Verlangen nach Erneuerung der früheren Union ausging, anderseits von der Notwendigkeit, mit den Veränderungen zu rechnen, die im letzten Jahrhundert in den ethnographischen Beziehungen der Völker eingetreten sind und mit der Entwickelung des nationalen Selbstbewußtseins. Diese zwei Faktoren weisen darauf hin, daß Polen seit Anfang des großen Krieges das Recht des litauischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf Unabhängigkeit anerkannte. Hätte Litauen dasselbe getan, dann wäre die Grenzlinie zwischen Litauen und Polen entsprechend den ethnographischen Verhältnissen festgelegt worden, und es gäbe jetzt zwischen den beiden Staaten keinen Streit und keine chinesische Mauer. Es geschah jedoch anders. Der litauische Staat formte sich unter Einflüssen aus Berlin und befindet sich bis jetzt unter diesen Einflüssen. Infolgedessen beanspruchte Litauen ein Gebiet, auf das es keinen Anspruch hat. So entstand der Streit um Wilna. Polen wollte getreu seinen Traditionen den Streit auf friedlichem Wege schlichten. Aber die Eroberungssucht der Litauer zwang Polen, die Rechte Wilnas und der Wilnaer Bevölkerung auf Selbstbestimmung schärfer zu betonen. Welches war das Verhältnis Litauens und Polens zu Wilna in der für diese Stadt schwersten Zeit? Polen vergoß zweimal das Blut seiner besten Bürger, um Wilna vor dem Einfall aus Osten zu schützen: Im Jahre 1919 und im Jahre 1920. Die polnischen Truppen verjagten die Bolschewisten aus Wilna und rückten in die Stadt ein, von der Bevölkerung als Befreier begrüßt. Litauen hat sein Blut für Wilna nicht vergossen. Die Kownoer Regierung hat wiederholt mit den Feinden gemeinsame Sache gemacht und hat sogar mit bolschewistischer Hilfe Wilna besetzt. Polen hat niemals seine Hand nach wirklich litauischem Gebiet ausgestreckt. Wäre es anders gewesen, dann hätten die polnischen Truppen wiederholt Gelegenheit gehabt, in litauische Gebiete einzurücken. So war es im Jahre 1919, als im Kownoer Lande noch die letzten deutschen Besatzungstruppen ihr Wesen trieben und es eine litauische Armee noch nicht gab. Damals wäre es den polnischen Truppen ein Leichtes gewesen, das Kownoer Land zu besetzen. Dasselbe wiederholte sich im vergangenen Jahre, als die Polen die bolschewistischen Truppen vor sich trieben. Damals hätte Kowno von den Polen besetzt werden können. Das geschah nicht. Bei der ersten Begegnung der litauischen Truppen stellten die Polen ihren Vormarsch ein.

„Wir wollten keinen Bruderkampf, wir wollten nicht das Blut eines Volkes vergießen, mit dem wir Jahrhunderte hindurch verbunden waren. Wir hofften und hoffen jetzt noch, daß eine Verständigung erreicht werden wird. Vor der Einnahme von Dünaburg wurden litauische Truppen, die polnische Truppen angriffen, von uns gefangen genommen. Diese gefangengenommenen litauischen Abteilungen wurden von uns mit ihren Waffen wieder frei gelassen. Dadurch wurde bewiesen, wie friedlich die Stimmung unseres Volkes und unserer Truppen gegenüber den Litauern ist. Mehr als einmal wollten wir eine Verständigung mit Litauen herbeiführen. Wir schlugen die Organisation einer gemeinsamen Landesverteidigung vor, und wiederholt wurde von uns auch der Vorschlag der gemeinsamen Regelung der politischen Verhältnisse im Gebiet des früheren Herzogtums Litauen gemacht.

Jetzt hat der Völkerbund die Entscheidung übernommen, und nachdem der von uns gemachte Vorschlag von Litauen abgelehnt wurde, haben jetzt in Brüssel direkte Verhandlungen unter dem Vorsitz des belgischen Ministers Hymans begonnen. Das bisherige Ergebnis dieser Verhandlungen ist der Vorschlag Hymans', der für Polen unannehmbar ist.

Wir werden immer auf dem Standpunkt stehen, daß der polnisch-litauische Streit nach Möglichkeit auf friedlichem Wege zu lösen ist und daß die Bevölkerung des Wilnaer Gebietes sich selbst über ihre Zukunft aussprechen muß. Wilna war viele Jahre hindurch die Hauptstadt Litauens. Das Wilna Siegismunds, Augusts, Mickiewiczs, das Wilna der für ihren Glauben und ihr polnische Sprache verfolgten Bischöfe, das Wilna, das mit den Worten von Mickiewiczs „Pan Tadeusz" sprach: „Litauen, mein Vaterland", — dieses Wilna könnte wieder Hauptstadt des litauischen Staates sein, aber nur eines litauischen Staates, der mit Polen eng verbunden wäre. Wilna war, ist und wird sein — eine polnische Stadt." (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Stanisław Grabski wird die folgende vom Auslandsausschuß vorgeschlagene Entschließung angenommen: „Der Sejm nimmt die Erklärung des Außenministers zur Kenntnis und wiederholt seine schon mehrfach abgegebene Erklärung, daß über die staatliche Zugehörigkeit des Wilnaer Gebietes nur auf Grund der Selbstbestimmung der Bevölkerung dieses Gebietes entschieden werden kann. Der Sejm fordert die Regierung auf, die Aufmerksamkeit ihrer diplomatischen Vertreter darauf zu lenken, daß die Republik Polen niemals irgendwelche Verträge schließen oder annehmen kann, durch die über das Wilnaer Land ohne Einwilligung seiner Bevölkerung entschieden würde, wie das gegenwärtig bei dem Entwurf Hymans' der

Fall ist. Der Sejm stellt gleichzeitig fest, daß das Fortdauern der gegenwärtigen Zustände im Wilnaer Gebiet schwere und sehr nachteilige Wirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung dieses Gebietes zur Folge hat und sogar eine Gefahr bedeutet für den Frieden an der Ostgrenze Polens. Unter diesen Umständen hält der Sejm für unmöglich, daß die Ausführung des Beschlusses des Wilnaer Landtags vom 15. August über den Zusammentritt eines Volksparlaments in Wilna zur Beschlußfassung über die politische und staatskräftige Zukunft des Landes noch weiter hinausgeschoben wird."

Es folgt die Aussprache über die **Programmrede des neuen Ministerpräsidenten.**

Im Namen des Nationalen Volksverbandes erklärt Abg. Głąbiński, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage nicht so schlecht sei, daß sie besonders pessimistische Erwartungen berechtigt erscheinen ließe. Er betont, daß für die gegenwärtige Wirtschaftslage die schlechte Verwaltungspolitik der früheren Kabinette verantwortlich zu machen sei. Der Nationale Volksverband sei grundsätzlich ein Gegner unparlamentarischer Regierungen und würde gegenüber dem Kabinett Ponikowski eine abwartende Stellung einnehmen. Er beabsichtige nicht, dem neuen Kabinett Schwierigkeiten zu machen, und hätte volles Verständnis für die Notwendigkeit, die Bedürfnisse des Staates zu befriedigen. Er würde sein besonderes Augenmerk auf die Besserung der Finanzlage und die Bekämpfung der Tätigkeit der Kommunisten richten. Der Redner bespricht dann die einzelnen Finanzprojekte und die einzelnen Teile der Rede Ponikowskis.

Nach Głąbiński sprechen die Vertreter der anderen Parteien. Die Mehrzahl von ihnen kündigt eine neutrale Haltung ihrer Parteien gegenüber der neuen Regierung an.

Deutschlands wirtschaftliche Lage.

München, 1. Oktober. Der Abgeordnete Dr. Heim sprach am Dienstag in München auf dem Verbandstage des landwirtschaftlichen Revisionsverbandes der bayerischen Bauernvereine über die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Deutschland sei an einem Wendepunkt seines Wirtschaftslebens angekommen. Seit sechs Wochen sei der Wert der Mark um 60 bis 70 v. H. gesunken. Die deutsche Mark stehe heute so tief, wie in den schlechtesten Zeiten der Revolution. Die dritte und vierte Goldmilliarde würde man überhaupt nicht mehr auf die Beine bringen können. Der tiefste Punkt des Niederganges sei noch gar nicht da. Es gebe nur eine einzige Hoffnung, nämlich die Einsicht des Auslandes, daß es mit unserem Niedergang gleichzeitig auch selbst zugrunde geht. Beim Wiederaufbau, der eine unbedingte Notwendigkeit sei, müsse jeder einzelne Volksgenosse mitarbeiten und mithelfen. Tatsächlich kann uns nur die Arbeit und das Wiedererwachen des Gewissens retten.

Für einen Dollar 130 Mark.

Berlin, 1. Oktober. Die Katastrophe für die deutsche Mark, der anhaltende Kursrückgang, verschärft sich höchst bedenklich. Der Gradmesser hierfür, der Wertstand des Dollars, stellte sich an der Mittwochbörse in Berlin bis auf 130 Mark; ein Wertverlust für die deutsche Reichsmark, der nicht unwesentlich auf das Treiben der Devisen-Spekulation zurückzuführen ist.

Die Entente gegen die Schutzpolizei.

Die Note der interalliierten Militärkontrollkommission über die Durchführung der auf die deutsche Polizei bezüglichen Bestimmungen in der Note von London wird von der Reichsregierung veröffentlicht. Die Ententekontrollorgane behaupten, daß bei einem Teil der Bestimmungen noch nicht einmal mit der Durchführung begonnen sei. Hinsichtlich der Organisation sei keinerlei Veränderung an der Zentralisation der Verwaltung vorgenommen, obwohl die Pariser Note ausdrücklich jene Zentralisation untersagt habe. Andererseits sei die gegenwärtige Schutzpolizei in taktischen Einheiten organisiert, die militärisch eingeteilt, instruiert, ausgerüstet, kaserniert und im Ueberfluß mit technischem Gerät und Material ausgestattet wären. Sie habe den Charakter einer mobilen Streitkraft gewahrt. Sie werde von einem Orte des Reichsgebietes nach einem anderen in eigens aufgestellten Einheiten und mit feldmäßigem Material, ganz wie die Reichswehr, verlegt. Die Entente-Kommission ersucht nunmehr ohne Verzug die notwendigen Veränderungen vorzunehmen, um die Organisation der Polizei in Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages und den ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen zu bringen. Sie verlangt ferner:

a) daß ihr die Uebersicht der vollständigen Stärken nach Orten übersandt werde, wobei die verschiedenen Kategorien der Polizei auseinander zu halten sind,

b) daß ihr die Listen der kommunalen und der staatlichen Polizeischulen nach dem Stande von 1913—1921 übersandt werden.

Sie dringt endlich darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um der Kontrolle der Polizei (Stärken, Schulen und Depots) völlig freie Ausübung zu ermöglichen.

Das Abkommen von Wiesbaden.

Loucheur in der Pariser Kammer.

In der Kammer hat Loucheur einen Vortrag über das Abkommen von Wiesbaden gehalten. Er hat u. a. mitgeteilt, daß nach den Festsetzungen des Abkommens Deutschland an Frankreich Materialien für den Wiederaufbau zu liefern hat, deren Vergütungsbeträge auf das Reparationskonto gutgeschrieben werden. Diese Materialien sind zu einem Preise geliefert, der zwischen einem französischen und einem deutschen Delegierten festgesetzt wird. Auf beiden Seiten wird man sich dem Schiedsspruch eines hohen schweizerischen Beamten unterwerfen.

Loucheur hat hinzugefügt, daß alle Materialien, die von Deutschland geliefert werden, nach St. Quentin gebracht werden, um dann den zerstörten Kommunen zugeführt zu werden. Die neue Zusammenkunft zwischen Loucheur und Rathenau wird wahrscheinlich am 4. Oktober in Wiesbaden stattfinden.

Die Verhandlungen, die gestern über das Abkommen von Wiesbaden zwischen den Regierungen der Ententestaaten in Paris begonnen haben, werden wahrscheinlich noch mehrere Tage in Anspruch nehmen. Diese Verhandlungen werden zwischen den Hauptdelegierten von Frankreich, Großbritannien, Italien, den Vereinigten Staaten und Belgien geführt. Es handelt sich darum, das Wiesbadener Abkommen mit dem am 5. Mai Deutschland bekanntgegebenen Zahlungsstatus in Einklang zu bringen. Die Unterhandlungen werden, wie hier verlautet, in „äußerst versöhnlichem Sinne" geführt. Eine Vollsitzung der Reparationskommission wird die Entscheidung zur Kenntnis nehmen und in dieser die endgültigen Beschlüsse festsetzen.

Völkerbund.

Ein Protest der Ukraine.

Genf, 30. September. (PAT.) Das Sekretariat des Völkerbundes hat den Mitgliedern des Völkerbundes ein Schreiben des Vertreters der Ukraine Szulgin, übersandt, worin gegenüber dem Völkerbunde feierlich gegen die Vergewaltigung der Rechte der Ukraine durch Sowjetrußland Einspruch erhoben wird. In diesem Schreiben wendet sich Szulgin an den Völkerbund mit der Bitte, daß er die Prüfung der Veranlassung und des Verlaufs des Krieges mit Sowjetrußland, den die Ukraine nicht wollte, einer besonderen Kommission übertrage, ebenso die Aufgabe, die zur Befreiung der Ukraine von den Anwanderern notwendigen Mittel zu suchen. In den Kreisen des Völkerbundes herrscht die Überzeugung vor, daß man die Bitte der Ukrainer nicht erfüllen könne. Szulgin hat seinem Schreiben eine Denkschrift beigelegt, die die Geschichte der Invasion skizziert und die allgemeine gegenwärtige Lage der Ukraine behandelt.

Arbeiterbewegung.

Streiklust der Erfurter Buchdrucker.

Erfurt, 30. September. (Telunion.) Die Erfurter Buchdrucker haben in einer stark besuchten Versammlung beschlossen, die Berliner Einigungsbeschlüsse nicht anzuerkennen und gegen sie in einem Telegramm zu protestieren. In der Versammlung kam der Streikwille stark zum Ausdruck.

Ausstände in England.

London, 30. September. (Telunion.) Bei der Great Southern and Western Railway in Irland streiken 10 000 Mann.

Die Londoner Arbeitslosen haben Donnerstag eine große Demonstration veranstaltet. Ungefähr 2—3000 Menschen demonstrierten in den Straßen und stimmten das Lied von der „Roten Fahne" an.

London, 29. September. (PAT.) Lloyd George lud die Sachverständigen für Handels- und Finanzangelegenheiten zu einer Konferenz nach Gairloch ein. Es soll verhandelt werden über die Frage der Arbeitslosigkeit und über die Mittel, eine Belebung der englischen Industrie herbeizuführen.

Amerikanische Eisenbahner drohen mit Streik.

Chikago, 30. September. (Tel.-U.) Die Eisenbahner haben sich mit einer Mehrheit von 186 000 Stimmen für den Generalstreik ausgesprochen, wenn die Lohnherabsetzung durchgeführt werden sollte.

Der Präsident Harding berief nach Washington eine Konferenz, an der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, der Großindustriellen und Sachverständige für wirtschaftliche Angelegenheiten teilnehmen. Es soll die Frage der Arbeitslosigkeit besprochen werden.

Zur Aufhebung der Sanktionen.

Berlin, 30. September. (Tel.-Un.) Der Oberste Rat hat durch den französischen Ministerpräsidenten Briand gestern den deutschen Botschafter in Paris Dr. Mayer eine Note folgenden Inhalts überreicht: Herr Gesandter! Die alliierten Regierungen haben Kenntnis genommen von der Erklärung, durch die die deutsche Regierung die durch den Beschluß des Obersten Rates vom 13. August 1921 aufgestellten Bedingungen ausdrücklich angenommen hat. Sie haben die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch den Obersten Rat am 27. März 1921 verhängt worden sind, vom 30. September 1921 an beschlossen. Sie lädt die deutsche Regierung ein, baldmöglichst ihre Delegierten zu bezeichnen, die zusammen mit den alliierten Sachverständigen die Bedingungen feststellen sollen, nach denen entsprechend den Bestimmungen des Beschlusses vom 13. August 1921 die Lizenzen geprüft und angestellt werden sollen. Im Namen des Obersten Rates habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz zu bitten, Vorstehendes zur Kenntnis Ihrer Regierung zu bringen. (gez.) Briand.

An zuständiger amtlicher Berliner Stelle wird dazu folgende Erklärung abgegeben: Es ist bekannt, daß wir die Rechtmäßigkeit der Sanktionen niemals anerkannt haben. Wir haben nach Annahme und rückhaltloser Erfüllung des Londoner Ultimatums auf eine bedingungslose Aufhebung der Sanktionen gerechnet. Die alliierten Regierungen haben nunmehr doch noch eine Bedingung an die Aufhebung der Sanktionen geknüpft, nämlich eine Überwachungsorganisation wegen Diskriminationen zur Erteilung der Ein- und Ausfuhrgenehmigung im besetzten Gebiet. Wir haben diesem Überwachungsorgan zugestimmt. Nähere Einzelheiten werden demnächst bekanntgegeben.

Stegerwalds Programm.

In der „Germania" erörtert der preußische Ministerpräsident Stegerwald in einem Artikel „Neuorientierung des Parteiwesens" sein Essener Programm und sagt zum Schluß:

„Worum es mir zu tun ist, im Interesse des deutschen Volkes zwischen Katholizismus und Protestantismus einen möglichst dauernden politischen Burgfrieden und eine politische Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, die durch gemeinschaftliche und einheitliche Liebe zum deutschen Vaterland fundamentiert ist und wodurch die Pflege des kirchlichen und konfessionellen Eigenlebens der beiden großen Religionsgesellschaften keine Beeinträchtigung erfahren soll und zu erfahren braucht."

Das ist in der Tat ein Programm, dessen restlose Durchführung das deutsche Volk ein gutes Stück vorwärts bringen und in hohem Grade dazu beitragen würde, aus dem gegenwärtigen Parteisumpf wieder herauszuhelfen.

Stettin als Bolschewisteneinfallstor.

Der Staatsminister des Innern hat auf eine Anfrage des Abg. Schimmelpfennig über die bolschewistische Agitation in Deutschland ungefähr folgendes erklärt: Es ist richtig, daß russische Bolschewisten und deutsche Kommunisten versuchen, über Stettin zwischen Deutschland und Sowjetrußland hin- und herzureisen. Es kann auch keinem Zweifel unterliegen, daß auf diesem Wege Propagandamaterial, Geld usw. nach Deutschland eingeführt wird. Ferner trifft es zu, daß die Kommunisten versuchen, ihre Anhänger zu veranlassen, einen etwaigen Aufenthalt in ländlichen Gemeinden zur kommunistischen Agitation unter den Landarbeitern zu benutzen.

Die Reichsregierung hat schon vor einiger Zeit, insbesondere durch Verschärfung der Paß- und Grenzkontrolle, Maßnahmen ergriffen, um den illegalen Verkehr der Kommunisten und Bolschewisten über Stettin und die Einführung verbotener Gegenstände auf diesem Wege nach Möglichkeit zu verhindern. Es ist anzunehmen, daß die getroffenen Maßnahmen diesen Zweck erreichen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Polnische Gesandtschaft in der Ukraine. Am Freitag wird sich die polnische Gesandtschaft für die Sowjetukraine nach Charkow begeben. An ihrer Spitze steht bekanntlich der neuernannte polnische Gesandte Franciszek Pulaski.

Der neue deutsche Gesandte im Haag. Die holländischen Abendblätter enthalten in offiziöser Form die Mitteilung, daß Freiherr von Lucius, der gegenwärtig dem Auswärtigen Amt für Spezialaufgaben zugeteilt ist, der Nachfolger Dr. Rosens auf dem Posten der deutschen Gesandtschaft im Haag sein wird.

Kommunistische Verschwörung gegen König Alexander. Die Blätter veröffentlichen eine Meldung, nach der die französische Polizei einem großen kommunistischen Komplott gegen das Leben des Königs Alexander auf die Spur gekommen sei. Auf der ganzen Strecke von Paris bis Belgrad sollen Verschwörer auf die Durchfahrt des Königs warten. Amtlich wird diese Nachricht nicht bestätigt.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von **Leontine von Winterfeld.**

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

„Der zeigt Knut eben das Schloß. Sie muß es doch auch einmal von innen gesehen haben."

„Hm, — hm, — so," Gisela räusperte sich ein wenig und trat vor den großen Spiegel, ihr Kostüm musternd, — „Du, sage mal, kleine Lies, ich würde meinen Mann nicht immer so lange mit solchem niedlichen kleinen Ding allein herumlaufen lassen."

Lies sah die andere groß an.

„Was meinst Du, Gisela? Ich verstehe Dich nicht recht."

Gisela kreuzte die Arme und sah an Lies vorüber aus dem Fenster.

„Närrchen, da ist doch nicht viel zu verstehen. Unsere Männer sind unberechenbar. Das solltest Du wissen und vorsichtiger sein. Sie ist sehr niedlich geworden, Deine Schwester, und geigt vorzüglich. Letzteres weiß Knut besonders zu schätzen."

„Na ja, und warum soll er denn auch nicht? Ich bin glücklich, daß er einmal wieder jemanden zum Musizieren hier hat."

„Rührendes Seelchen! Aber weißt Du, jede Sache hat ihre zwei Seiten."

Lies legte jetzt die Hände in den Schoß und sah die Schwägerin an.

„Gisela, es ist ein so furchtbar trauriges Zeichen für einen Menschen, wenn er allen anderen nur immer Schlechtes zutraut. Wenn ich Dich nicht kennte und wüßte, daß Du mit Vorliebe verrücktes Zeug schwatzt, an das Du selber nicht einmal immer glaubst, so müßten Deine Worte etwas namenlos Beleidigendes, Empörendes für mich haben. Aber so?"

Jetzt lachte Lies. So voll und klar und herzlich.

„Mein Knut! O Gisela, wie Du ihn kennst! Und Ellen, dies reine Kind noch? Meine stolze, kleine, harmlose, süße Ellen? Pfui, Gisela! Ich könnte Dir die Türe verbieten."

Lies war aufgestanden. Ihre Hände zitterten. Sie war blaß geworden vor innerer Erregung. Nicht Angst vor dem, was Gisela gesagt, nicht Zweifel an den beiden ihr teuersten Menschen, aber Scham, daß eine Frau wie Gisela so etwas überhaupt denken konnte, trieb ihr das Blut zum Herzen.

Gisela wollte den Arm um sie legen.

„Reg Dich nur nicht auf, Kind, — gerade jetzt. Um Gotteswillen, nachher bin ich daran schuld. Die Männer sind nun halt nicht anders. Für einen Flirt immer bereit."

Aber Lies stieß ihren Arm zornbebend zurück.

„Rühr mich nicht an, Du, — Du, — o —"

Und sie stand vor der anderen und maß sie mit einem Blick voll namenloser Verachtung.

Leicht an den Tisch gelehnt stand Gisela, — weiß, — farblos wie immer. Nur das kupferrote Haar brannte in der Mittagssonne, die durch die Fensterscheiben fiel. In ihren tiefumschatteten, halbgeschlossenen Augen, über die schwer die langen, dunklen Wimpern fielen, lag es wie fragendes Erstaunen.

Dabei doch so fremd, — so fern, — so unergründlich.

Da mußte sich Lies plötzlich ihrer übergroßen Erregung schämen, denn sie dachte daran, was Knut einmal von dieser Frau gesagt, — daß sie ja keine Seele habe.

Ein großes Mitleid überkam sie mit der anderen. So wie man es fühlt mit einem, der unheilbar krank ist, oder dem etwas fehlt, — ein Sinn, ein Glied, eine große Hauptsache, die wichtig ist zum Leben, ohne die der andere ein Krüppel ist, — ein armer, unglücklicher.

Wie schön Gisela war, als sie da so vor ihr stand. So schlank und biegsam, so weiß und zart. Aber Lies tat ihre große Schönheit weh. Denn sie sah dahinter. Sah dahinter einen armen, hilflosen Krüppel. Denn ist nicht der ein Krüppel, dem das Beste fehlt an seinem Menschentum?

Langsam ging Lies auf die Schwägerin zu und legte ihr die Hand auf die Schulter, — weich, — voll Mitleid.

„Gisela, Du weißt nicht, was Du sprichst, — ich will Dir auch nicht mehr böse sein."

Dann setzte sie sich au fdas kleine Sofa und zog die andere neben sich.

„Sie, Gisela, Du spottest ja über alles, was Liebe heißt und Treue. Aber ob Du auch spottest, — es ist doch da. Es ist das wie mit Gott. Wir sehen ihn nicht, aber wir fühlen ihn. Ich meine, es ist das niedrigste, kleinlichste Gefühl, das eine Frau haben kann, die ihren Mann wirklich liebt, wenn sie Zweifel hegt an seiner Treue und Eifersucht bei seinen Freundschaften. Unsere Liebe, Gisela, wäre ja erbärmlich klein, wenn sie nicht das eine hätte, — das große, heilige Vertrauen."

Lies hatte die Hände gefaltet. Sie war wieder ganz ruhig und lächelte.

Giselas feine Nasenflügel bebten wie in leisem Spott. Sie hob die Schultern.

„Kleine Idealistin! Nun dann träume nur weiter. Ich will Dich nicht wecken. Kann ja auch sein, daß ich mich irre. Aber nun gib mir einen Kuß und sei wieder gut. Ich sage eben leider alles, was ich denke, das ist meine Dummheit. Addio!"

Lies saß dann noch lange allein auf dem kleinen Sofa und träumte. Aber nicht von diesen lächerlichen Schatten, die Gisela über ihr junges Glück werfen wollte. Die machten ihr kein Kopfzerbrechen mehr. Die waren ihr so absurd lächerlich, daß sie sie auch nicht eine Sekunde des Grübelns für wert hielt. Denn sie kannte Knut und kannte Ellen.

An andere Dinge hatte jetzt ihre Seele zu denken. An kommendes Leben und heiligste Pflichten. Sie lehnte den Kopf zurück und schloß die Augen in seligem, süßem Weltentrücktsein. Kleine Kinderfüße hörte sie trippeln von Stube zu Stube, ein feines Stimmchen tönen durchs helle Haus. Zwei Händchen sah sie sich hilflos strecken nach ihr, damit sie es führe und leite, hinein ins fremde, unbekannte Leben, — zwei Augen sie anschauend, süß, vertrauend, liebeheischend, — zwei Lippen sich öffnen, stammelnd, lallend, unbeholfen das eine Wort zu sagen, das aller Welten Seligkeit umschloß, das heilige Wörtchen: Mutter.

(Fortsetzung folgt.)

Sowjetrußland.

Riga, 30. September. (PTA.) Wie aus **Petersburg** berichtet wird, trafen dort 150 000 Flüchtlinge aus den vom Hunger betroffenen Gouvernements ein.

Riga, 30. September. (PTA.) Die Sowjetbehörden haben eine Verordnung erlassen, wonach 50 000 Personen **aus den Hungergouvernements** nach Turkestan übergesiedelt werden.

Moskau, 30. September. (PTA.) Die Produktion **in Baku** betrug im August 11 800 Pud Rohpetroleum. Dieses bedeutet im Vergleich zum Juli eine Vermehrung der Produktion um 32,5 Prozent.

Bukarest, 30. September. (PTA.) Die **rumänische Regierung** bevollmächtigte die Sowjetdelegation, Schritte zu unternehmen **zum Ankauf von Fett** im rumänischen Gebiet und bestimmte einen Delegierten, der mit den Sowjetvertretern zusammenarbeiten soll.

Riga, 30. September. (PAT.) **Aus Moskau wird über einen reichen Fischfang in ganz Rußland berichtet, der die Fänge des Vorjahres um das Zehnfache vermehrte.**

Radek wehrt sich.

Moskau, 30. September. (Telunion.) **In der „Prawda"** veröffentlicht **Radek** einen Aufsatz gegen die englische Note vom 7. September an die Sowjetregierung, in welcher die englische Regierung der Sowjetregierung vorwirft, daß sie den Verpflichtungen des englisch-russischen Vertrages nicht nachkomme. Radek beweist, daß die Dokumente, auf die sich die englische Note stützt, gefälscht sind und zwar von jener internationalen Spitzelbande, die vom Leiter der politischen Polizei **Weisemann** geführt wird. Radek bringt Beispiele für solche Fälschungen über nie gehaltene Reden **Lenins** und nie geschriebene Dokumente der kommunistischen Internationale.

Rücktritt Frithjoff Nansens.

Kopenhagen, 30. September. (Privat-Tel.) **Frithjoff Nansen** wird von seinem Posten als Oberkommissar des Völkerbundes für das russische Flüchtlingswesen zurücktreten. Dieser Schritt steht im Zusammenhang mit der Teilnahme Nansens an den Abmachungen des Kapitäns Sverdrup mit der Sowjetregierung. Als Nachfolger Nansens gilt der dänische Außenminister Harald **Scavenius**, der früher dänische Gesandter in Rußland war.

Lebensmittelpreise.

Moskau, 1. Oktober. (PAT.) Hier wurde eine Preisliste der verschiedenen Lebensmittel veröffentlicht. **Ein Pud Mehl** kostet in **Zytomierz** 20 000 Rubel, in den Städten Westrußlands 60—100 000 Rubel, in Zentralrußland 150—200 000 Rubel, am teuersten ist das Mehl in Nishni-Nowgorod, wo ein Pud Weizen 400 000 Rubel kostet. Der **Kartoffelpreis** schwankt zwischen 10—30 000 Rubel für ein Pud. **Ein Pfund Speck** 6000 Rubel, in Omsk 25 000 Rubel, **Salz** 200 Rubel für das Pfund, in Astrachan 5000 Rubel, **Grütze** 140—148 000 Rubel für das Pud.

Die Hilfe des Auslandes.

Moskau, 1. Oktober. (PAT.) In der Zeit vom 9. bis zum 18. d. Mts. trafen im Petersburger Hafen 10 Schiffe vom Ausland mit Lebensmitteln und Eisenbahnmaterial ein. 7 Schiffe kamen aus **Deutschland**, je eines aus **Dänemark, Norwegen** und **Frankreich**.

Die Seuchen nehmen zu.

Riga. 30. September. (PAT.) In den Wolgagouvernements nimmt die **Malariakrankheit** einen bedeutenden Umfang an. Die Zahl der Todesfälle mehrt sich besonders groß ist die Kindersterblichkeit. In den Städten herrscht der Typhus.

Das polnisch-Danziger Eisenbahnkompromiß.

Danzig, 30. September. (PAT.) Die hiesigen Zeitungen berichten aus Genf, daß zwischen Polen und Danzig in der Eisenbahnangelegenheit am 23. d. Mts. in Genf ein Kompromiß unterzeichnet wurde. Der verkürzte Text lautet: 1. Beide Regierungen legen **keinen Widerspruch** gegen die Anträge des Oberkommissars des Völkerbundes vom 15. August und 5. September d. Js. ein. 2. Beide Regierungen einigen sich auf folgende Auslegung der Erklärungen des Oberkommissars: a) In Übereinstimmung mit der Erklärung vom 15. August d. Js. wird der Hafenrat und die Verwaltung der polnischen Bahnen in Danzig mit möglichster Beschleunigung einen Vertrag ausarbeiten, der die Baulichkeiten und die Einrichtung der Eisenbahnen festsetzt, die für den Hafendienst notwendig sind, und der Verwaltung des Hafenrates unterstehen. b) Der Hafenrat und die Verwaltung der polnischen Bahnen werden ein Reglement für die Tätigkeit beider Verwaltungen festsetzen. c) Die polnische und die Danziger Regierung werden eine Aktiengesellschaft gründen, die über die Eisenbahnwerkstätten verfügen wird. Ein besonderer Vertrag zwischen dem Hafenrat und zwischen der Aktiengesellschaft wird die gemeinsamen Verhältnisse regeln. Die Aktiengesellschaft verpflichtet sich, die Verkehrsmittel der polnischen Direktion instand zu halten und auszubessern, die diesbezügliche Aufträge nach Möglichkeit der genannten Gesellschaft geben wird. Die Gesellschaft wird gleichfalls die Arbeiten für den Hafenrat und für die wirtschaftlichen Bedürfnisse Danzigs ausführen. An dem Aktienkapital wird Polen mit 45 v. H., Danzig mit 45 v. H. und das Ausland mit 10 v. H. teilnehmen. Die Aktiengesellschaft wird spätestens zwei Monate nach der Übergabe der Eisenbahn an Polen gebildet werden. Bis dahin wird die alte Verwaltung im Amte verbleiben. 3. Die **Steuerfreiheit** bezieht sich nur auf die unmittelbaren Steuern. Alle Eisenbahnwaren, die aus Polen nach Danzig und zurück transportiert werden, sind zollfrei. 4. Die Steuerfreiheit, die in der Entscheidung des Oberkommissars vom 5. September d. Js. genannt ist, bezieht sich nicht auf die Eisenbahnarbeiter. 5. Die in Punkt 3 erwähnte Steuerfreiheit bezieht sich auf alle Abgaben zugunsten Danzigs, z. B. für Kirchengemeinden usw. 6. Von durchgehenden Waren werden Stempelgebühren und Transportsteuern nach dem Gesetze, das gegenwärtig verpflichtet, erhoben werden; diese Einnahme wird zur Hälfte Polen und zur Hälfte Danzig zufallen. Diese Gebühren können nicht erhöht werden. Mit dem 1. November 1926 erhält Polen das Recht, die betreffenden Steuerverordnungen einer Revision zu unterziehen. 7. Die Verwaltung der polnischen Bahnen verpflichtet sich, Danzig jährlich das Schulgeld für die Kinder der Eisenbahnarbeiter zu entrichten. 8. Über den Anteil Polens an den Abgaben zugunsten der Armen usw. wird besonders entschieden werden. 9. Einer besonderen Entscheidung unterliegen ebenfalls die Abgaben für die Polizeiorgane, die der Verwaltung der polnischen Bahnen in Danzig zur Verfügung gestellt werden. Punkt 10 betrifft Steuern von den anderen Ausgaben, die die Bahnen betreffen. Punkt 11 bespricht den Anteil Danzigs in der Zahlung der Reparationsschulden für die Eisenbahnen, die in polnische Verwaltung übergehen. Diese Angelegenheit wird gemeinsam mit der Ententekommission entschieden werden. Punkt 12 betrifft die anderen Angelegenheiten, die bisher nicht geregelt wurden, wie Paßangelegenheiten und die rechtliche Lage der polnischen Behörden und der Beamten in Danzig, die auf anderem Wege Erledigung finden werden. Punkt 13 betrifft strittige Fragen des Kompromisses, über welche der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, General **Hacking**, sich die Entscheidung vorbehalten hat.

---

*† **Die Danzig-polnische Zollunion.** In der gestrigen Versammlung des Verbandes der Danziger Importeure und Exporteure wurde die Angelegenheit der Danzig-polnischen Zollunion und des polnischen Zolltarifs besprochen. Der Berichterstatter bemerkte, daß die Zollunion wahrscheinlich erst am 1. Februar 1923 in Kraft tritt. Die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen Polen und Danzig wird sicher erst am 1. Mai 1922 erfolgen. Eine Zollunion mit Polen, so erklärte der Redner wird Danzig großen Nutzen bringen, da Danzig hierbei große Vorteile erzielen wird. Danzig wird das Recht haben, Polen mit Waren zu versorgen wie die polnischen Kaufleute. Sobald die polnisch-Danziger Zollunion in Kraft tritt, ist mit einer bedeutenden Einschränkung des Danziger Handels mit Deutschland zu rechnen. Deswegen werden die Danziger Kaufleute viel Produkte in Polen kaufen müssen. Weiter wies der Redner auf die Notwendigkeit hin, die polnischen Zollgesetze und den polnischen Zolltarif den Danziger Bedürfnissen anzupassen. Am Schlusse bemerkte der Redner daß die Aufhebung der Wirtschaftsgrenze zwischen Polen und Danzig eine bedeutende Verbilligung in Danzig herbeiführen wird.

*† **Der militärische Schutz Danzigs.** Auf der Tagesordnung des Völkerbundes in der Danziger Angelegenheit steht die Frage des militärischen Schutzes für Danzig und den Hafen. Da der Völkerbund die Prüfung dieser Angelegenheit hingezogen hat, sandte die polnische Delegation beim Völkerbunde an den Völkerbundsrat eine Note, in der sie fordert, daß der Völkerbund die Entscheidung noch in dieser Sitzung fällen soll.

*† **Der neue Volkstagpräsident.** In der Donnerstagsitzung des Danziger Volkstages wurde die Wahl des neuen Präsidenten vollzogen. Gewählt wurde das Mitglied der deutschnationalen Partei Dr. **Treicher**.

Republik Polen.

† **Begeisterter Empfang des Staatspräsidenten in Warschau.** Der aus Lemberg zurückkehrende **Staatspräsident** wurde auf dem Bahnhof vom Ministerkabinett mit dem Premierminister an der Spitze, von einer Sejmdelegation, von militärischen Persönlichkeiten, von Vertretern der Stadtverordnetenversammlung, vom Magistrat mit dem Präsidenten Ignaz **Baliński** und Piotr **Drzewicki**, von Vertretern der verschiedenen sozialen und kulturellen Institutionen, endlich von der Bevölkerung der Hauptstadt, die mit großer Begeisterung an der Feierlichkeit teilnahm, begrüßt. Die ganze Stadt hat geflaggt.

† **Zur Unifikation.** Zum 1. Oktober gehen die Funktionen der **Posenschen Rechnungskammer** auf die **Oberste Kontrollkammer in Warschau** über. Am 1. November wird das **Justizdepartement** des Ministeriums für die ehemals preußischen Landesteile aufgelöst und mit dem Justizministerium verschmolzen. Die übrigen Departements geben ihre Selbständigkeit am 31. Dezember d. J. auf.

† **Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei.** Donnerstag vormittag begann im Gebäude des Ministeriums für Industrie und Handel eine Sitzung der Handelskommission der polnisch-tschechoslowakischen Delegation über den Abschluß eines Handelsvertrages. Wie der „Przegląd Wieczorny" berichtet, konferierte der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Herr **Prokop Maksa** gestern mit Herrn **Straßburger**, dem Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel. Die Konferenz steht in Verbindung mit den Arbeiten der polnisch-tschechoslowakischen Delegation zum Abschluß eines Handelsvertrages.

† **Eine Erklärung des Gesundheitsministeriums.** Die „Danz. Neuest. Nachr." brachten vor kurzem in einem Artikel: „Große Ausdehnung der Typhusepidemie in Polen" Nachrichten, die mit dem sanitären Zustand Polens nicht im Einvernehmen stehen. Deswegen gibt das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen bekannt, daß die Zahl der an Flecktyphus Erkrankten in der ersten Woche 1921 im ganzen Staat 1800 Personen, in der 30. Woche 400 Personen betrug. Die Anzahl der Krankenhäuser und die Versorgung mit Arzeneien ist vollkommen genügend. Eine Reihe von Seuchenspitälern wurde aufgehoben, etliche 20 befinden sich wegen des Mangels an Flecktyphus Erkrankten im Stande der Liquidierung. Der sanitäre Stand im Staate ist im gegenwärtigen Augenblick als günstig anzusehen.

Deutsches Reich.

** **Gegen den Terror der Straße.** Der **preußische Minister des Innern** hat an den Polizeipräsidenten von Berlin einen Erlaß gerichtet, der auf die Notwendigkeit hinweist, die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger in Zukunft besser zu schützen. Zu diesem Erlaß haben die ungeheuerlichen Vorgänge in Bernau bei Berlin den unmittelbaren Anlaß gegeben. Es ist erwiesen, daß ein Stoßtrupp, der sich aus Angehörigen der Linksparteien zusammensetzte, eine unpolitische Veranstaltung für Oberschlesien in Bernau unmöglich machte. Was sich dann weiter in **Wilmersdorf** bei Berlin ereignete, war glatter **Landfriedensbruch**. Die „**Rote Fahne**" in Berlin besaß den Mut, diesen Überfall zu verherrlichen, sowie zur Fortsetzung aufzurufen. Ein Verbot der „Roten Fahne" ist nicht erfolgt. Was der Erlaß des preußischen Ministers des Innern beabsichtigt, das ist, daß künftig gegen alle Versuche, die verfassungsmäßigen Rechte der Staatsbürger zu beeinträchtigen, unnachsichtlich und mit aller Schärfe eingeschritten wird.

** **Der Münchener Polizeipräsident ist zurückgetreten.** Polizeipräsident **Pöhner** ist zurückgetreten. Er erklärte daß die Verhältnisse es noch nicht gestattet hätten, die bewährten Bestimmungen des bayerischen Ausnahmerechtes preiszugeben, zumal für die nächsten Monate die schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen und politischen Lebens bevorständen. Unter diesen Umständen sei er außerstande, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung weiter zu tragen.

** **Däumigs und Adolf Hoffmanns Austritt aus der Kommunistenpartei.** Wie die „V. P. N." erfahren haben die kommunistischen Reichstagsabgeordneten **Däumig** und **Adolf Hoffmann** soeben ihren **Austritt aus der K. P. D.** erklärt. Vorläufig verlautet nichts darüber, ob sie auch ihre Reichstagsmandate niederlegen, oder sich einer anderen Fraktion, etwa der der Unabhängigen, anschließen. Auch Dr **Levy, Maltzahn, Reich, Düwell, Geyer** jun. und **Wackwitz** haben ihren Austritt erklärt und sich zu einer kommunistischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte der Auftakt zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich **von Moskau unabhängig** halten will.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 1. Oktober.

Eine bemerkenswerte Feststellung.

Der „Głos Leszczyński" in Lissa, ein Blatt, das es sich bisher zur Aufgabe gestellt hatte, gegen jeden Deutschen und alles Deutsche zu agitieren, brachte früher bereits eine Notiz gegen den Nachfolger des Güterdirektors von Bismarck auf Antonshof, einen Polen namens **Siciński**. Dieser Generaldirektor der Güter der Herrschaft Lissa-Laube hatte für die von der Herrschaft verpachteten Schrebergärten einen Pachtpreis festgesetzt, der im Verhältnis dem Preise eines Ztr. Roggen für den Morgen nach dem Marktpreise vom 1. Januar 1922 entspricht. Mit dieser Erhöhung waren die meist polnischen Pächter nicht zufrieden und beriefen für letzten Sonntag eine **Protestversammlung** ein. Über diese Versammlung schreibt nun das genannte polnische Blatt folgendermaßen:

Die Versammlung gestaltete sich zu einer richtigen Volksversammlung wegen des sehr zahlreichen Erscheinens von Personen, die nicht einmal alle Gartenpächter sind. Die Volksversammlung, denn anders kann man sie nicht nennen, eröffnete Herr Wasilewski, den Vorsitz übernahm auf Wunsch der Anwesenden Herr Galon. Zum Worte meldeten sich viele Redner, die das brutale Verhalten gegenüber dem Publikum beklagten, sowie die Preiserhöhung für Milch und Gartenpacht. Man beklagte weiter, daß bis zu der Zeit, wo Herr **von Bismarck** die Verwaltung der Herrschaft Antonshof innehatte, er alljährlich für die minderbemittelte Bevölkerung Lissas landwirtschaftliche Erzeugnisse und Milch zu **bedeutend billigerem Preise** abgab und zeitweise auch ganz **umsonst**. Von der Zeit ab, wo **Siciński** antrat, wurde die Milch sofort bedeutend verteuert, bald darauf wurde das Ausfahren der Milch in den Straßen der Stadt eingestellt, die Butter verschwand ganz, und sogar die landwirtschaftlichen Erzeugnisse liefert Antonshof nicht mehr zum Wochenmarkt. Während Herr von Bismarck die Gärten den Arbeitern, Witwen und Invaliden zu sehr niedrigen Preisen verpachtete, zwingt Herr Siciński sie zur Aufgabe dieses Stückchen Landes, denn niemand ist imstande, den verlangten Preis zu zahlen. Weiter beschwerte man sich, daß, obwohl Siciński sich als Pole bezeichnet, die Korrespondenz weiterhin in deutscher Sprache geführt wird. Und so schütteten sich abwechselnd Klagen und drohende Vergünstigungen auf das Haupt des Herrn Siciński, und man verlangte sogar, sich mit tüchtigen Knüppeln zu bewaffnen und im Umzuge ihm einen freilich unangenehmen Besuch abzustatten. Einige besonnene Teilnehmer rieten von solchem Vorhaben ab. Trauer durchschnitt das Herz, und Schamröte bedeckte das Gesicht, wenn man Zeuge war, wie gestern — nicht zum ersten Male — Herr **von Bismarck gelobt** wurde, der obgleich er Deutscher war und sogar Hakatist, trotzdem **ein Mensch mit goldenem und offenem Herzen** für die **arme** Bevölkerung, gleichviel ob sie polnisch oder deutsch war. Dagegen legt uns der eigene Landsmann das Messer an die Kehle. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus 5 Mitgliedern, welche mit Herrn Siciński die Angelegenheit in Güte erledigen soll.

ck.

Das Starostwo Grodzkie macht die **Aushebungspflichtigen** der Jahrgänge 1899 und 1900 auf die Anschläge über die **Einziehung dieser Jahrgänge** aufmerksam.

Verdoppelung der Gebühren für Auslandstelegramme. Auf Grund der Verordnung des Post- und Telegraphen-Ministeriums in Warschau vom 23. September 1921 sind die Gebühren für Auslandstelegramme vom 1. Oktober d. Js. ab um 100 v. H. erhöht worden.

Gegen das Besteigen in Bewegung befindlicher Züge hat die Eisenbahndirektion an die ihr unterstellten Aemter folgende Verordnung erlassen: Es wurde oftmals festgestellt, daß entgegen den deutlichen Vorschriften der Ordnung des Eisenbahnverkehrs (§ 81, 82 Eisenbahnbau- und Betriebsordnung vom 4. November 1904) viele Personen Züge besteigen, die sich schon in Bewegung befinden. Unter Hinweis auf dieses Gesetz fordert die Direktion alle Eisenbahnangestellten auf, solche leichtsinnige Nichtbeachtung der Vorschriften nicht zuzulassen. Wenn sich jedoch solche Vorfälle trotzdem ereignen sollten, so ist die Person des betreffenden Reisenden festzustellen und sie nachher im Sinne des § 82 dieses Gesetzes zu einer Geldbuße von 1000 M. zu verurteilen.

Volksunterhaltungsabend. Der **Löns-Abend** am Mittwoch, dem 5. Oktober in der Aula des Deutschen Gymnasiums, bringt zuerst als Beispiele Lönsscher Lyrik zwei der „Rosengartenlieder" in der Vertonung von Ernst Licht und zwei in der Vertonung von Fritz Jöde. Danach spricht Herr Dr. Beckmann über das Leben und die dichterische Persönlichkeit von Hermann Löns. Zum Schluß werden wieder einige Vertonungen Lönsscher Lieder gesungen.

Deutscher Theaterverein. Wie schon mitgeteilt wurde, bringt der kommende Montag die Erstaufführung des Blumenthal-Kadelburgschen Lustspiels „Hans Huckebein". Einige Eintrittskarten sind noch in der Vereinsbuchhandlung (ul. Wjazdowa 8, Christl. Hospiz) zu haben.

Einen heiteren Abend veranstaltet am Donnerstag, 6. d. Mts., abends 8 Uhr Herr **Hilbig-Edelhof** im Evangelischen Vereinshause. Der Vorverkauf der Eintrittskarten findet in der Buchhandlung Wacław Górski (früher Ed. Bote u. Bock) statt.

Der Deutsche naturwissenschaftliche Verein für Großpolen hält am Dienstag, dem 4. Oktober, abends 8 Uhr im Knothe-Belowschen Lyzeum seine Monatssitzung ab, in der Pastor a. D. **Schuster von Forstner** aus Lissa über: „Aussterbende Menschengeschlechter, Tiere und Pflanzen" sprechen wird. Gäste sind willkommen.

Butterpreis. In der Woche vom 26. September bis 1. Oktober notierte die Butter 710—730 Mk. (Großhandelpreis.)

X **Amtliche Lebensmitteluntersuchungen usw.** Die Lebensmitteluntersuchungen des Starostwo Grodzkie ergaben im Monat August folgendes Bild: Es wurden 49 Milchrevisionen vorgenommen und 5 Milchproben als verdächtig chemisch untersucht. Außerdem unterzog man einer chemischen Untersuchung weitere 10 Milchproben, 1 Probe Ersatztee, 1 Wurstprobe, Ersmasse und Schnaps. Auf Sauberkeit und Schädlichkeit für die menschliche Gesundheit wurden besichtigt: 1048 Fleischverkaufsstellen, 28 Fleischerwerkstätten, 156 Fischverkaufsstellen, 29 Bäckereien, 9 Konditoreien und Kaffees, 8 Gasthäuser, 6 Obst-, 9 Delikateß-, 222 Kolonial-, 15 Konfitürengeschäfte, 1 Weinhandlung, 2 Destillationen, 86 Eßstuben, 5 Milchhallen, 3 Räucherwaren-, 39 Haarschneidegeschäfte und 10 Drogerien. Wegen Verkaufs von Alkoholgetränken an verbotenen Tagen wurden 100 Gastwirtschaften und 20 Destillationen kontrolliert. Anzeige ist erstattet: wegen Vorsetzens von Fleischgerichten an verbotenen Tagen gegen 1 Gastwirt, wegen Unsauberkeit der Bierapparate und -gefäße gegen 2 Gastwirte, wegen Ausschanks von Alkoholgetränken an verbotenen Tagen gegen 1 Gastwirt und 1 Weinhandlungsbesitzer; wegen Unsauberkeit in Haarschneidegeschäften gegen 5 Besitzer; wegen Unsauberkeit in der Werkstatt gegen 1 Fleischer; wegen Unterlassung der Auszeichnung der ausgestellten Waren mit Preisen gegen 49 Kolonialwaren-, 6 Obst-, 3 Delikateß-, 2 Konfitüren- und 1 Räucherwarenhändler, sowie gegen 4 Fleischer; wegen zu geringen Brotgewichts gegen 3 Bäcker; wegen Verkaufs von verdorbenem Geflügel auf dem Markte gegen 2 Händlerinnen; wegen unberechtigten Handels gegen 10 Personen; wegen Milchfälschung gegen einen Molkereibesitzer (von außerhalb); wegen unerlaubten Führens von Medikamenten gegen 6 Drogeriebesitzer; beschlagnahmt wurden 1072 Liter gefälschte Milch, 5 verdorbene Gänse und 3 Enten, 1 Zentner verdorbener Käse, 18 Ztr. Erbsen, die noch von der Zeit der Zwangswirtschaft herrührten.

□ **Wollstein**, 30. September. Die Mitteilung in Nr. 179 des „Pos. Tagebl.", nach der der Lehrer **Behnke** in Zodyn nowy zum 1. Oktober nach Deutschland auswandert, ist, wie uns Herr Behnke mitteilt, **unzutreffend**. Er schreibt uns: „Mir gefällt es so gut auf meinem Dörfchen, daß ich mich vorläufig nicht mit Umzugsgedanken befasse."

hm. **Buk**, 30. September. Auf dem Rittergut **Zborowo** des Rittergutsbesitzers **Schwartzkopff** entstand auf unaufgeklärte Weise ein **sehr bedeutendes Feuer**. Es wurden eine Scheune und ein Speicher, die beide mit Getreide gefüllt waren, sowie zwei Schuppen vernichtet. — **Einbrecher** drangen in das **von Tiedemannsche Schloß** in Seeheim ein und erbeuteten einen großen Posten Wäsche und Bettbezüge. Die Einbrecher sind vermutlich dieselben, die in Posen die Betschule der Anschei Chessad ausplünderten und in diesen Tagen von der Posener Kriminalpolizei verhaftet worden sind. — Aus der hiesigen **Bahnhofswirtschaft** wurden Liköre, Zigarren und Zigaretten in großen Mengen **gestohlen**. — Dem Fleischermeister **Morkowski** hier wurden aus seinem Laden **Fleisch, Wurst** und 40 000 M. bares Geld gestohlen. — Aus einem Schnittwarengeschäft in der Posener Straße wurde ein großer Posten **Schnittwaren** im Werte von mehreren hunderttausend Mark **gestohlen**.

* **Samotschin**, 30. September. Die **Stadtverordneten** wählten den Distriktskommissar **Tomaszewski** aus Schubin zum **kommissarischen Bürgermeister** unserer Stadt.

Aus Ostdeutschland.

* **Pr. Eylau**, 28. September. Das **Rittergut Pilzen** des früheren Generallandschaftsdirektors Dr. **Kapp**, das mit dem übrigen Vermögen beschlagnahmt worden war, ist **an den Sohn Kapps verpachtet** worden. Die Verfügung über das beschlagnahmte Vermögen des früheren Generallandschaftsdirektors Kapp steht, wie der preußische Landwirtschaftsminister kürzlich im Hauptausschuß des Landtages mitteilte, dem Untersuchungsrichter beim Reichsgericht zu. Der gerichtlich bestellte Pfleger hatte das Gut Pilzen durch den Sohn des Eigentümers verwalten lassen und hat im Frühjahr d. J. mit diesem einen Pachtvertrag abgeschlossen.

Verteilung von Brotkarten.

Die Ausgabe der Brotkarten **bis zum 16. Oktober** beginnt am Freitag, dem 30. September. Sämtliche Karten sind aus den Verteilungsstellen abzuholen.

Die Anstalten und Betriebe erhalten die Brot- u. Zuckermarken wie bisher in der Lebensmittelstelle plac Sapieżyński 10b.

Den Brotkarten sind 2 Abschnitte beigefügt, welche die Konsumenten zum Empfang besonderer Lebensmittel berechtigen.

Die Abschnitte sind sorgfältig aufzubewahren, um des zum Empfang ausgebotenen Artikels nicht verlustig zu werden.

Gültig sind nur die Marken Nummer 1 und 2 der Brotkarte, die Marken 3 und 4 sind ungültig und ihre Ausgabe erfolgt nur deshalb, weil es an Zeit mangelte, dieselben abzutrennen.

Vom 17. Oktober ab werden keine Brotmarken mehr verteilt, und die Bevölkerung hat ihren Brotbedarf nur im freien Handel zu decken.

Poznań, den 28. September 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.

(—) Dr. Kiedacz.

Kreisbauernverein Posen

Dienstag, den 4. Oktober 12 Uhr
Sitzung im Ev. Vereinshaus (3172

Vortrag über:

Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Zuckerrübenbaues.

Referenten: Rittergutsbes. **Conze-Conzenau, Dr. Schander-Gostyn.**



Zwei Jagdhunde,

je 2½ Jahr, kurzh. Rüden, guter Abstammung, firm in Feld- und Wasserjagd, verkauft

Dom. Marszewiec, poczta Parkowo.

Dobermann-Hund

¾ Jahr alt, gt. ausgewachs. von eingetrag. Eltern, best. Abstammung, verk., da keine Belegh. z. Dress.

Adm. Wiesner, Wierzonka, poczta Kobylnica.

Stellenangebote

Für **Krankenpflegestation Koźminiec, pow. Krotoszyn, erf., geprüfte** (3117

Schwester

gesucht. Gehalt n. Uebereinkft. Gefl. Anfr. an **Fr. Hertha Hecker, Trzebowa, p. Koźminiec, pow. Krotoszyn.**

Stellengesuche

Gutsadministrator, 34 J., sucht selbständige Stellg. Gefl. Off. u. **3132** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Hochanständiges **Mädchen,** das jetzt **elternlos** geworden ist, möchte **gerne zu einem** größeren Kinde, 4—5 J. alt, nebst Familienanschluß: am liebsten auf das Land. Off. u. **3157** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Zum sofortigen od. spät. Antritt **sucht gutempf.,** lediger

landw. Beamter,

der Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit durch langjährige Zeugnisse nachweisen kann, **dauernde Stellung, wo** spätere Verheiratung gestattet wird.

Angebote unter **999 postlagernd Pobiedziska.**

Gesucht zum 1. Januar 1922

ein Obergärtner,

erfahren in Obst-, Gemüse-, Blumenzucht, sowie Treibhaus. Schriftliche Angebote mit Zeugnisabschriften und Referenzenangabe an **Freiherrliche Fideikommißherrschaft Wroniawy, Kreis Wolsztyn.** (3167

Für das Zentralgut einer grösseren Herrschaft wird ein mit intensivem Hofbetrieb und Viehpflege durchaus vertrauter, in Buchführungs- u. Expeditionsarbeiten gewandter, äusserst gewissenhafter und zuverlässiger

Hofverwalter

zum Antritt am 2. Januar 1922 gesucht. Poln. Sprache erforderl. Gefl. Zuschr. unt. Beifüg. d. Fähigkeitsnachw. u. selbsgeschr. Lebensl. u. **L. M. 3085** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Büro-Lehrling

beider Landessprachen mächtig, wird **von sofort gesucht.** Offerten unt. Nr. **3171** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zur Ausbildung als Chemiker-Assistentinnen

werden **junge Damen** mit besserer Schulbildung angenommen im **öffentl. chemisch. Laboratorium Hammer, Poznań, ul. 3. Maja 5.**

Deutschtumsbund Posen

(Abteilung Stellenvermittlung).

Wir suchen Beschäftigung für:

Arbeiter und **Handwerker** (für Stadt u. Land), **Bauklempner, Installateur, Photograph, Friseur, Fleischbeschauer, Bäcker, Uhrmacher, Fischer** mit eigenen Netzen, **ledige Schlosser, Verkäuferin, Packer,** sowie **Stütze** (Posen Stadt).

Anfragen zu richten:

Wały Leszczyńskiego 2, Telephon 2157.

Hiermit zeigen wir ergebenst an, daß wir in **Bydgoszcz,** ulica Gdańska 19 (Danziger Straße), mit dem 1. Oktober eine Filiale unserer Aktiengesellschaft unter der Firma

Centrala Rolników Tow. Akc.

Filja w Bydgoszczy

eröffnet haben.

Unser Unternehmen befaßt sich mit dem **An- und Verkauf aller landwirtschaftlichen Produkte und Bedarfsartikel** und ist vermöge seiner guten Beziehungen ganz besonders in der Lage, die Interessen ihrer Auftraggeber wahrzunehmen.

Zum Leiter der Filiale ist Herr **Stan. Strzelecki** bestellt worden.

Für alle in den Bereich unseres Geschäftszweiges fallenden Unternehmungen empfehlen wir unsere Filiale bestens.

Centrala Rolników A.-G. Poznań

Vorstand:

W. Urbanowski. Z. Weiß.

Filiale Bydgoszcz

Stan. Strzelecki.



Dampfdreschmaschinen

eigenes Erzeugnis verbesserter Konstruktion, die den besten ausländischen Fabrikaten in nichts nachstehen

Strohelevatoren

außerordentlich einfacher Konstruktion, empfehlen wir zur **sofortigen** Lieferung

H. Cegielski, Tow. Akc.

Poznań

Abteilung: Verkauf

ul. Franciszka Ratajczaka 16



Fenster u. Türen

einschl. **Beschlag u. Verglasung,** sowie

Reparatur in Glaserarbeiten übernimmt auch nach auswärts, **Tischlermeister Kaindorf, Wronki.**

Zahn-Praxis

Oskar Schmidtke,

Aleje Marcinkowskiego 16, Ecke św. Marcin. (2070b

G.-D.-A.

Versammlung

Montag, 3. Oktober, abds. ½8 Uhr im Café Bristol.

San.-Rat Dr. Mutschler,

dirig. Arzt d. Augenabt. d. Diakon-Hauses Poznań, **Wesoła 4, Tel. 1396,** am Teatr Wielki, ist von der

Reise zurück.

Flottes

Hotel-Restaurant,

mass. Gebäude i. bester Lage einer Kreis- und Regierungsstadt in Westfalen, bestehend aus 2 eleg. Restaurationsräumen, 20 Hotelzimm., (Zentralheizung). Forderung 450000 Mk. inkl. Wirtschafts- u. Hotel-Inventar. Anz. ca. 200 Mille

Gute

Tages-Wirtschaft

monatlich ca. 15 htl. Bier, viel Spirituosen. Gebäude in festem Zustand, geschl. Kegelbahn vorhanden. Forder. 225000 Mk. Anz. 100 Meill u. fl. gut. Inv.

Eine neu mod. Villa in Bad Oeynhausen

sof. beziehb., bestehend aus 10 Wohnräumen u. Zubeh. Gas, elektr. Licht u. Zentralheizung vorhanden, Stallung, Wagenremise und Pferdestall sowie schöner Obst- u. Gemüsegarten. Kaufpr. 225000 Mk. Anz. nach Übereinkommen.

Ein im Villenstil gebaut. Landhaus

am Rande der Stadt Bad Oeynhausen, bestehend aus 8 Wohnr. mit Stallung, Einfahrt, groß. Obst- und Gemüsegarten. Kaufpreis 130000 Mk. ½ Anz.

Prachtvolles Gut in Posen

70 Morgen, pr. Boden, alles in einer Fläche, neue Gebäude mit reichl. lebenden und totem Inventar im besten Zustande. Gesamtforderung 400000 Mk. Anzahl. n. Übereink., evtl. auch mit kleinerem Hof zu vertausch.

Empfehle zugl. einige klein. und größere

Güter, Landstellen sowie Pensionshäuser

Näheres **Immobilienbüro**

J. Kowalski,

Bad Oeynhausen, Herforderstraße 71. (Bad Apotheke) Fernruf 718. Bei Anfragen Rückporto erwünscht.

Spielplan des „TEATR WIELKI" m. Poznania

Sonnabend, den 1. 10. um 7½ Uhr: **„La Boheme",** Oper von Puccini.

Sonntag, den 2. 10. um 3 Uhr nachm. (Preise um 50% erniedrigt): **„Der Barbier von Sevilla",** Oper von Rossini.

Sonntag, den 2. 10. um 8 Uhr: **Symphonie-Konzert** unter Leitung Herrn Adam Dołżycki. Solist J. Madeja.

Mittwoch, den 5. 10.: Premiere: **„Tiefland",** Oper von d'Alberto.

Mittwoch, den 5. 10., 8 Uhr abends.
Aula des Deutschen Gymnasiums:

DB

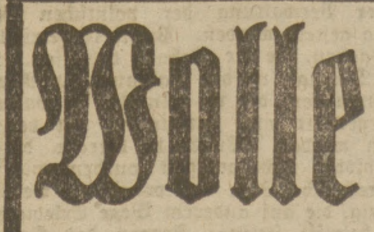
Hermann Löns-Abend.

Vortrag Dr. Backmann, Solo-Gesänge, Wanderlieder zur Laute und Guitarre, vorgetragen von der Wandergruppe.

Eintritt 25,— Mk., Schüler 15,— Mk., einschl. Steuer.
Vorverkauf: Evangelische Vereinsbuchhandlung. (3144

Lagerraum

oder Speicher mit Bahnanschluss sofort zu kaufen oder mieten gesucht. Angebote unter **L. Z. 3178** an die Geschäftsstelle dies. Bl. erb.



Wolle

kaufen in jeder Menge zu höchst. Tagespreisen und erbitten schnelle bemusterte Offert

Drweski i Ska. Dom Handlowy

Poznań, św. Marcin 41.

Telephon 1857. — Telegr.-Adr.: Transpol-Poznań.

Sonntag, 2. Oktober 1921. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 183.

Geringe Ernte.

Der erste Oktobersonntag ist von jeher als Erntefest gefeiert worden; auch heute klingen Erntefestglocken, und denkt unsere Landbevölkerung der vollendeten Erntearbeit. Nur sie? Früher haben die Städter sich vielleicht wenig darum gekümmert, woher ihr Brot kam; sie hatten es und genossen es in Hülle und Fülle. Das war genug. Aber nun ist's anders. Seit Jahren sind wir gezwungen, in viel höherem Maße als früher, uns um die Lebensmittel- und Volksernährungsfragen zu kümmern. Und dieses Jahr liegt ein grauer Schatten auf dem Tage —, so sonnig der Sommer war und der Herbst — ja gerade, weil er es war! Wir wissen, dies dürre Jahr hat eine arme Ernte gegeben; mochte noch die Körnerernte erträglich gewesen sein, aber Hackfrüchte, Futtermittel, Wintergemüse — wir haben einen schweren Winter vor uns! Die Teuerung steigt, und die Not wird riesengroß werden. Und da sollen wir Erntefest feiern?

Alle Christen sind gewöhnt, auch für das Geringste zu danken; wer den Groschen nicht ehrt, ist des Talers nicht wert. Wer über magere Ernte murrt, verdient nicht, daß Gott ihm eine bessere schenkt. Als Jesus mit 5 Broten und 2 Fischen 5000 Mann satt machen sollte, da nahm er sie und dankte dafür seinem Vater, — und Gott segnete das Geringe, daß alle satt wurden. Es ist gut, daß wir in solcher Not unsere eigene Ratlosigkeit und Ohnmacht fühlen; dann kann Gott zu Ehren kommen! Weg hat er allerwegen, an Mitteln fehlts ihm nicht. Er gibt Speise reichlich und überall. Er kann auch mit Wenigem viel ausrichten.

Freilich nur, wenn wir Menschen vernünftig umgehen mit dem, was er gibt. Solange Gottes Gaben den Einen nur zu Schlemmerei und Völlerei dienen, den Andern nur willkommene Objekte des Schiebertums und Schachers sind, solange die Brauereien hohe Dividenden geben und Vergnügungslokale und Bars und Konditoreien glänzende Geschäfte machen dürfen, während Säuglinge an Milchmangel sterben und ganze Volksschichten mit der täglichen notwendigsten Nahrung Mangel leiden, solange kanns nicht geschehen, daß auch das Geringe ausreicht. Nur eine sparsame und vernünftige Volks- und Weltwirtschaft kann helfen. Gott schenke sie unserer notleidenden Zeit — vor allem aber seien wir selbst treue Haushalter über Gottes Gaben, willig für uns selbst zu entbehren, was nicht nötig ist, und anderen zu geben, was sie brauchen. Dann kann aus Wenigem genug werden.

D. Blau-Posen.

Aus der polnischen Presse.

Über die „Bolschewisten in Polen" schreibt der „Kurjer Pozn.":

„Während des Eisenbahnerausstandes erfuhr man, daß in Posen eine bolschewistische Organisation besteht und daß sie versucht, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für politische Zwecke auszunützen. Der Patriotismus und der gesunde Menschenverstand der großpolnischen und pommerellischen Eisenbahner hinderte die Ausführung der Absichten der Revolutionäre, die öffentliche Meinung beruhigte sich, und die Bolschewisten gerieten in Vergessenheit. Daß man die Bolschewisten wieder vergaß, ist sehr bedauerlich. Denn die bolschewistische Organisation besteht, arbeitet und bereitet der Allgemeinheit hinter den Kulissen neue Überraschungen vor, die eines schönen Tages, in einem geeigneten Augenblick, zutage treten können. Wer das in Posen erscheinende kommunistische Organ „Trybuna Robotnicza" aufmerksam liest, der weiß, daß unsere Bolschewisten eine Propaganda im Sinne der dritten Internationale nach den Weisungen von Moskau treiben. In dem bolschewistischen Blatt sind Aufsätze zu lesen, die die Verhältnisse in Sowjetrußland in den Himmel heben. Als Beispiel diene die folgende Stelle aus einem Aufsatz über die Mißernte in Rußland in Nr. 5 der „Trybuna Robotnicza": „Heute ist in Rußland der Bauer und der Arbeiter zu politischem Leben erwacht, hat gelernt, sozial und brüderlich zu denken und zu empfinden." Ferner bringt das bolschewistische Blatt Aufrufe, in denen Hilfsaktionen für die Hungernden in Rußland im Sinne des Rundschreibens Sinowjews an die Mitglieder der dritten Internationale (das Proletariat für das Proletariat) angeregt werden. Schließlich werden in der „Trybuna Robotnicza" vorsichtig aber deutlich genug bolschewistische Grundsätze gepredigt: „Für uns Arbeiter ist die gegenwärtige Demokratie eine Tyrannei. Darum kämpfen wir und werden wir kämpfen für unsere Proletarierdemokratie." Die „gegenwärtige Demokratie" — das ist alles bis zur polnischen Sozialistenpartei einschließlich. Die „Proletarierdemokratie" — das ist die Diktatur des Proletariats in Gestalt einer Regierung der Arbeiter- und Bauernräte. Die Redaktion der „Trybuna Robotnicza" ist sehr vorsichtig, aber der Geist der angeführten Stellen spricht aus allen ihren Aufsätzen und entspricht offenbar den Anschauungen ihrer Leser. Daß das kommunistische Organ Leser und Anhänger hat, daran ist nicht zu zweifeln. Den besten Beweis gibt die Zahl der bei den letzten Krankenkassenwahlen für die Liste 5 (die bolschewistische Liste) abgegebenen Stimmen. Diese Liste ist ebenso wie die sozialistische Liste ungültig geworden. Wir werden keine Bolschewisten in der Krankenkassenverwaltung haben. Aber das Ergebnis der Wahlen spricht doch für die Stärke des Einflusses der Bolschewisten in Polen. Auf die Liste Nr. 5 fielen viele Stimmen. Wir haben also nicht wenige entschlossene Anhänger des Bolschewismus in unserer Stadt. Freilich ist die Zahl der gesund nationaldenkenden Krankenkassenmitglieder erheblich größer (5222 Stimmen), aber die Lage ist trotzdem beunruhigend. In Warschau erhielten die Kommunisten sogar die Mehrheit der Stimmen, 5790, während die Sozialdemokraten 4500 Stimmen erhielten, die Christlichdemokraten 3900 und die Nationale Arbeiterpartei 1800. Der Sieg der Warschauer Kommunisten erklärt sich dadurch, daß dort alle Juden für ihre Liste stimmten. An sich bilden die stärkste Gruppe unter den Warschauer Arbeitern die Sozialisten, die zweite Stelle nehmen die Christlichdemokraten ein. Angesichts der hier geschilderten Lage darf die Allgemeinheit der Ausbreitung des Bolschewismus nicht ruhig zusehen. Man muß zu energischen Gegenmitteln greifen, bevor es zu spät ist. In Warschau hat man damit schon begonnen. Am letzten Sonntag fand dort eine große Versammlung statt, in der nach Ansprachen des Pfarrers Lutosławski, des Herrn Stanisław Zieliński und des Redakteurs Wierczak eine Entschließung angenommen wurde, in der der Sejm aufgefordert wird, gegen die Kommunisten als Landesverräter Standgerichte einzuführen. Zugleich werden in dieser Entschließung alle Bürger, denen an der Freiheit und Unabhängigkeit Polens gelegen ist, zum Eintritt in die „Vereinigung zum Schutze der Verfassung" aufgefordert, um sich hier aktiv an der Bekämpfung des Kommunismus in Polen zu beteiligen."

*

Die Programmrede des Ministerpräsidenten Ponikowski wird von der polnischen Presse größtenteils ablehnend behandelt. Von den Warschauer Blättern nimmt nur der „Kurjer Polski", das Organ der früheren Aktivisten, Ponikowskis Rede wohlwollend auf. Der „Kurjer Poranny" enthält sich jeder Stellungnahme. „Rzeczpospolita", „Gazeta Poranna" und „Robotnik" erklären, das sei nicht die Regierung, die das Volk erwartet hätte. Einigermaßen optimistische Töne schlägt der „Dziennik Pozn." an, indem er schreibt: „Die ruhige, aber energische Rede Ponikowskis soll im Sejm sehr kühl aufgenommen worden sein. Das wäre kein Wunder. Der Sejm sah sich zum ersten Male einer Regierung gegenüber, die ein deutlicher Beweis ist für die parteiliche Zersplitterung, durch die eine parlamentarische Regierung in engerm Sinne unmöglich gemacht wurde. Es ist schwer, unter solchen Verhältnissen Begeisterung zu erwarten, die übrigens auch niemand vom Sejm verlangte. Die Allgemeinheit beschränkt sich auf die Forderung, daß die Regierung in ihrer Tätigkeit nicht gestört wird und daß ihr nicht durch Parteiintrigen ihre Arbeit unmöglich gemacht wird. Diese Forderung freilich wird mit aller Nachdrücklichkeit ausgesprochen. Ponikowski selbst erklärte mit besonderer Betonung, daß seine Regierung außerhalb aller Parteien stehe und als Ganzes von den Parteien unabhängig sei, daß er aber niemals gegen den Sejm zu regieren beabsichtige. Diese Äußerung ist zu beachten. Man darf erwarten, daß die Sejmparteien die darin enthaltene Warnung verstehen werden. Die Aufgabe des Sejm besteht jetzt darin, daß er die Gesundungsarbeit nicht hemmt und seine eigene beschleunigte Auflösung ermöglicht. Nach den letzten Erfahrungen zu urteilen, sind das die beiden einzigen Mittel, mit denen er zu dem beitragen kann, was Herr Ponikowski als das Programm und das Ziel seiner Regierung hinstellte: zu der Wiederherstellung des Friedens, der Ordnung, der Einigkeit, und der Festigung unserer Lebensbedingungen im Innern und nach außen hin. Die Allgemeinheit begrüßt das neue Kabinett mit den besten Hoffnungen und wird es moralisch so viel sie kann stützen, damit diese Regierung mit möglichster Energie ihre unparteiliche Arbeit durchführen kann." — Der „Kurjer Warszawski" spricht sich sehr zufrieden darüber aus, daß der neue Ministerpräsident die äußerst kritische Lage der Staatsfinanzen betont hat, rät jedoch, mit einem Urteil über das neue Kabinett zu warten, bis auch der Finanzminister gesprochen haben würde. Das Blatt äußert dann sein Bedauern darüber, daß neben dem Richtigen und Wertvollen die Rede Ponikowskis manches beinahe schablonenhafte brachte, und fährt fort: „Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Tatsache, daß die Verbesserung der Finanzen den Hauptpunkt des Regierungsprogramms bildet, stärker herausgearbeitet worden wäre, denn sehr viele Leute sehen die jetzige Lage der Dinge noch immer mit einem gewissen Leichtsinn an. Noch mehr zu bedauern ist, daß die Regierung, indem sie ihre Pflicht betonte, eine Besserung der Finanzen herbeizuführen, sich über die Mittel dieser Verbesserung im einzelnen nicht aussprach. Hätte sie das getan, dann könnte in der Freitag-Sitzung des Sejm dem Lande schon klar gesagt werden, wo wir stehen. Um was wird sich jetzt am Freitag die Aussprache drehen?" — Die „Gazeta Warszawska" schreibt: „Die Rede des Herrn Ponikowski war, wenn man von dem Abschluß über die Finanzen absieht, eine Anhäufung von Gemeinplätzen, von denen manche die Wahrheit aussprachen, aber trotzdem eben Gemeinplätze waren. Die Rede mutete an wie ein möglichst volkstümlich gehaltener Aufsatz, in dem von allem gesprochen wird, was es gibt und was es nicht gibt, was man tun darf und was man nicht tun darf. Jeder Zuhörer antwortete unwillkürlich: Das wissen wir ja alles schon. Das haben wir schon so viele Male gehört. Jetzt ist nicht die Zeit für breitausladende geräuschvolle Ankündigungen, sondern es handelt sich jetzt darum, daß in fester und bestimmter politischer Sprache die Wege angegeben werden, die sofort betreten werden müssen." — Der „Kurjer Pozn." sagt: „Wer sich Ponikowskis Programm genau ansieht, der merkt gleich, daß sein Verfasser sich bemüht, die Erfüllung alles dessen anzukündigen, was die Opposition verlangte: Die Grundsätze des Finanzprogramms, der Kampf mit dem Kommunismus, die Bekämpfung des Etatismus, die beschleunigte Zuendeführung der Sejmarbeiten, — alle diese Aufgaben wurden von der Opposition mit dem nationaldemokratischen Verband an der Spitze gestellt. Also hat unser Kampf gegen das System, das bisher galt, doch einigen Erfolg gehabt. Die Leute dieses Systems erkennen die Forderungen der Opposition als berechtigt an. Da ist schon ein großer Schritt vorwärts. Wir müssen jedoch das Finanzprogramm des Herrn Michalski abwarten, um uns darüber Rechenschaft zu geben, wie weit die neue Regierung in dieser Richtung zu gehen beabsichtigt. Jedenfalls sind einige grundsätzliche Eroberungen zu verzeichnen: Die Überzeugung von der Notwendigkeit, die Auslandspolitik Polens auf das Bündnis mit Frankreich zu stützen; die Bekämpfung des Etatismus, der Kampf gegen den Kommunismus, die erhöhte Beachtung des Westmarkengebietes. Es wird Sache des nationalen Volksverbandes und der ihm nahestehenden Parteien sein, darüber zu wachen, daß alle diese Forderungen erfüllt werden und daß die Regierung auf dem betretenen Wege fortschreitet. Man muß sich darüber klar sein, daß gute Finanzen und gute Politik voraussetzen, daß also das beste Finanzprogramm wertlos ist, wenn das System nicht geändert wird. Es ist gut, daß wir einen Ministerpräsidenten haben, dessen persönliche Ehrlichkeit und dessen guter Wille nicht angezweifelt werden kann. Die nächste Zukunft wird zeigen, ob er die erforderliche Energie aufbringen und hinreiche Unterstützung zur Durchführung seines Programms finden wird, das heißt, ob er den Widerstand jener unverantwortlichen Kreise brechen wird, die bis jetzt die wichtigsten Gebiete des Staatslebens beherrschen. Wir wissen übrigens nicht, ob Herr Ponikowski sich klar ist über die wirklichen Ursachen unserer staatlichen Leiden und ob er bereit ist, den Kampf gegen diese Ursachen aufzunehmen."

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 1. Oktober.

Wo bleibt der Zucker?

Es ist bereits das dritte Mal, daß diese Frage in den Spalten unseres Blattes aufgeworfen wird. Der Einmachezucker, der anfangs August der gesamten Einwohnerschaft Posens mit zwei Pfund auf den Kopf der Bevölkerung in Aussicht gestellt wurde, ist vielen Einwohnern auch heute noch nicht geliefert worden, obschon die Einmachezeit jetzt am Beginn des Oktober doch wohl endgültig vorüber ist. Am 21. September hat der Magistrat bekannt gegeben, daß der rückständige Verbrauchs- und Einmachezucker für die Monate Juli und August angekommen ist und von den Kleinhändlern an die Kundschaft abgegeben werden soll. Jetzt ist nun wieder eine Woche dahingegangen, aber ein Teil der Kleinhändler ist, obschon er so manchen vergeblichen Weg wegen des Zuckers gemacht hat, auch heut noch nicht in der Lage, seine Kundschaft zu befriedigen. Woran liegt das? Das Ausbleiben des Zuckers immer noch als Folge des Eisenbahnerausstandes hinzustellen, dürfte heute ernsthaft kaum noch angängig sein. Unseres Erachtens liegt die Zuckerversorgung unserer Stadt seit einigen Wochen geradezu im Argen und die Beseitigung dieser Miß-

Briefe aus Deutschland.

Erster Brief.

Es gibt einige Städte in Deutschland, die zu bestimmten Zeiten ihre ganze Physiognomie verändern, ihr äußeres Bild und ihren Lebensrhythmus. Wer z. B. München nur aus der Fremdenzeit kennt, hat nur eine sehr einseitige Vorstellung von seinem Leben. Im Karneval und etwas weniger ausgesprochen während des Oktoberfestes auf der Theresienwiese nehmen Stadt und Bewohner einen anderen Ausdruck an. Nicht nur an den Ballabenden und in den Ballokalen ist der Geist des Karnevals zu spüren, sondern jedes Ladenmädchen auf der Straße hat einen anderen Gang, jedes Gesicht einen anderen Ausdruck, jede Äußerung einen anderen Sinn. Der Karneval in München war, wenigstens in früheren Zeiten, ein echtes Volksfest, das mit seinem heidnischen, bachantischen Taumel alle Bevölkerungsschichten, den soliden Bürger ebenso wie den Künstler und das G'spusi ergriff.

Eine ganz anders geartete, aber ebenso tief greifende Veränderung des Städtebildes kann man alljährlich zweimal in Leipzig erleben. Geht man in gewöhnlichen Zeiten durch die innere Stadt, so sieht der Ahnungslose verwundert große Paläste und ganze Häuserreihen, die auch in den Zeiten der großen Wohnungsnot leer und unbenutzt stehen. Das sind die Meßpaläste und Ausstellungsräume, die nur zweimal im Jahre für 14 Tage ihre Tore öffnen. In der Woche vor Meßbeginn sieht man Wagen und Lastautos ihren Inhalt an Kisten, Maschinen, Möbeln usw. ausladen, und den Kisten entsteigen tausend und abertausend Sachen und Sächelchen, Notwendigstes und Überflüssigstes, Kitsch und Kunst, Großes und Kleines, alles, was ein Herz begehrt oder begehren soll. Dann wagt sich hier und da ein neues Schild vor, ein Plakat wird angemacht, ein Schaufenster dekoriert und hinter den Kulissen fieberhaft gearbeitet, bis der große Eröffnungssonntag da ist. Jetzt hat plötzlich die ganze Stadt ein anderes Aussehen. Lustig und sehr bunt ist die enge, alte, mürrische Stadt, grelle Farben leuchten auf, alle Häuserfronten sind bedeckt mit Hunderten von Tafeln und Schildern, ein dichter Strom von festlich erregten Menschen schiebt sich durch die engen Straßen, und ein unabsehbarer Zug von Reklameträgern und Zettelverteilern wandelt mit der Gebärde einer feierlichen Prozession auf dem Fahrdamm. Alle Welt spricht von der Messe, denkt für die Messe, lebt in der Messe.

Der große Fremdenstrom an Ausstellern und Käufern belegt nicht nur alle Hotels und Gasthäuser von den einfachsten bis zu den vornehmsten mit Beschlag, er dringt in fast alle Häuser Leipzigs ein. Wer nur ein freies Räumchen hat oder eine Schlafstelle freimachen kann, nimmt eine Messevermietung hinein, die bei den jetzigen Preisen für jeden Haushalt eine ganz gute Beihilfe ist. Dadurch dringt die Erregung der Meßtage in alle Familien, in alle Häuslichkeiten, und ergreift wirklich die ganze Stadt bis in ihre feinsten Verzweigungen. So kommt die große Veränderung zustande, die das Äußere und Innere des Städtebildes für diese 8 Tage umformt.

Die diesjährige Herbstmesse hat einen ganz gewaltigen Umfang gehabt. Nicht nur die zahlreichen Meßpaläste der Stadt waren bis auf den letzten Platz mit Waren gefüllt, es waren auch auf allen großen Plätzen Holzbaracken aufgestellt, um den Ausstellungsraum zu vergrößern, eine Einrichtung, die sicherlich nicht zur Verschönerung des Stadtbildes beiträgt. Überdies waren die gewaltigen Hallen des Ausstellungsgeländes am Völkerschlachtdenkmal mit herangezogen und beherbergten die technische Messe und die neu eingerichtete hygienische Messe. Die letztere bot einen Überblick über die chemische und technisch-medizinische Industrie, und zeigte Fortschritte und höchste Leistungsfähigkeit dieses Zweiges. Besonders die Ausstellung künstlicher Glieder, für die ja leider jetzt ein sehr großes Bedürfnis vorliegt, war interessant durch die sinnreichen Konstruktionen, die den armen Verstümmelten ihr Los erleichtern sollen. Auch eine frühere Posener Firma, Bernhardt Fuchs, war durch eine reichhaltige Ausstellung vertreten.

Um von dem Umfang der Messe ein Bild zu geben, sei erwähnt, daß der Meßkatalog drei stattliche Bände umfaßt, die die Namen der etwa 13 000 Aussteller enthielten. Weit über 100 000 Interessenten waren in den ersten drei Tagen anwesend. Davon kamen etwa 20 v. H. aus dem Auslande, so daß eine internationale Note schon deutlich war.

Auch die Künstlerschaft hatte sich durch eine in den Räumen des Kunstvereins im Museum veranstaltete Ausstellung beteiligt. Sie bot einen zwar keineswegs vollständigen, aber doch sehr instruktiven Überblick über das Kunstschaffen der letzten Jahre. Außer den Leipziger Künstlern, von denen Eugen Hamm durch farbig sehr lebendig erfaßte Landschaften auffiel, waren vertreten Pechstein mit einer ziemlich großen Serie neuer Gemälde und Aquarelle von meist sehr hoher Qualität, ferner Kokoschka, Nolde, Heckel, Schmidt-Rottluff und manche andere. Sehr erfreulich wirkten die lebendig geformten Kleinplastiken von René Sintenis. Die Ausstellung war nicht einseitig expressionistisch, da auch Corinth, Käthe Kollwitz, Kolbe u. a. vertreten waren. Aber auch die radikalste Richtung fehlte nicht. Sie wurde durch eine Anzahl „Merzzeichnungen" aus echtem Material (Streichhölzer, Straßenbahnbilletts, Silberpapier usw.) von Kurt Schwitters repräsentiert.

Ich kann diesen Brief nicht schließen, ohne dem „Manne mit dem Rucksack" einige Vorwürfe zu machen. Die große „Seestadt" Leipzig, das Pleißeathen, ist doch gar zu schlecht in seinen Berichten davongekommen. Sollten wirklich Leipzig und die Leipziger Freunde allein schuld sein, daß er gerade von Nachtfaltern und Tanzlokalen so einen besonderen Eindruck gewonnen hat? Lieber Mann, nimm noch einmal Deinen Rucksack auf den Rücken, versetze Dich in die damalige Stimmung zurück und schlage dann an Deine Ferienbrust und frage Dich, ob Deine Ferienstimmung nicht andere Werte in Leipzig suchte, als Du in sachlicher Winterszeit gesucht hättest.

Ich will aber zugeben, daß Leipzig damals auch in Ferienstimmung war. Kurz nach seiner Abreise hatten wir hier eine Veranstaltung, die auch ihm Freude gemacht hätte und von dem künstlerischen Streben Leipzigs einen besseren Eindruck hinterlassen hätte. Gelegentlich des Gewerkschaftsfestes im August wurden Szenen aus den Bauernunruhen des 16. Jahrhunderts aufgeführt, ein Vorspiel und vier Bilder, die unter dem Titel „Der arme Konrad" zusammengefaßt waren, jener Brüderschaft aus der Stuttgarter Gegend, die nach ihrem Führer den Namen erhielt. In der Arena der Radrennbahn auf dem Sportplatze spielten sich die Szenen nach Eintritt der Dunkelheit bei etwas zu primitiver Scheinwerferbeleuchtung ab. Im Hintergrunde der Arena stieg eine Riesentreppe empor, die zu einer Mauer mit 4 Toren führte. Über diesen Toren ragten die Figuren der Bauernbedrücker, des Ritters, des Klerikers und des Gerichtsherren, auf, und über dem vierten Tore stand der Tod. 1800 Personen waren bei diesen Szenen beschäftigt, lauter ungelerntes und ungeschultes Volk. Die Regie, die zum größten Teil Herr von Fielitz besorgte, verstand es, diese Massen zu monumentaler Wirkung zu bringen, indem er die Geste streng stilisierte, wenige große Bewegungen in unendlicher Wiederholung und Variation darstellen ließ oder in anderen Bildern ein wild bewegtes und doch wieder straff nach wenigen großen Gesichtspunkten organisiertes Durcheinander der Massen formte. Das Vorspiel und den Schluß bildete ein Totentanz. Die anderen Bilder stellten den Ständetag, den armen Konrad (seine Bildung und erste Erhebung), die kaiserliche Macht und das Blutgericht dar.

Das Programmatische dieser Aufführung liegt darin, daß auf einem ganz anderen Wege als bei Reinhardt, gleichsam getragen von einem großen Gemeinschaftsgefühl, die Massengeste theatralisch gestaltet wurde. Es kamen so Bilder zustande, die lebhaft an Hodler erinnerten, etwa an die Jenenser Studenten oder den Eidschwur aus dem Rathaus in Hannover. Neben der künstlerischen Bedeutung kommt dieser Veranstaltung auch ein großer kunsterzieherischer Wert zu. Es wurde gezeigt, daß die organisierte Masse sich auch einem unpolitischen, künstlerischen Zweck beugen kann und hier selbst ausdruckgestaltend wirkt.

War diese Veranstaltung gewissermaßen der Schluß der Sommersaison, so zeigen die Anschlagsäulen und die Zeitungsanzeigen schon jetzt, welche Fülle künstlerischer Genüsse wir in diesem Winter zu erwarten haben. Leipzig ist ja immer ein Zentrum der Musikpflege gewesen und will seinen Ruhm auch bewahren. Schon im Vorgeschmack dieser Freuden gedenke ich wehmütig der Posener Landsleute, die deutsche Kunst so schwer entbehren müssen. Einen Abglanz dieser Freuden will ich ihnen aus der Ferne zu vermitteln suchen.

E. J.

stände muß im Interesse der Gesamtbevölkerung dringend gefordert werden. Unverständlich bleibt unter diesen Umständen auch die Magistratsbekanntmachung, nach der an die Mitglieder der Staatsbeamten- und Arbeiterkonsumvereine eine Sonderverteilung von Zucker stattfinden soll. Während ein Teil der Bevölkerung nicht einmal die ihm zustehende Zuckermenge erhalten kann, soll auf der anderen Seite durch die außerordentliche Zuteilung von Zucker zahlreichen Einwohnern ohne jeden ersichtlichen Grund Sondervergünstigung zuteil werden. Erklaret mir, Graf Derindur usw.

Ausführungen zur Umsatzsteuer.

Nach § 24 des Gesetzes 3 über die Umsatzsteuer vom 26. Juli 1918 sind Steuerzahler, deren Umsatz im Jahre 200 000 M. überschritten hat, verpflichtet, auf die im nächsten Jahre zu zahlende Steuer einen Vorschuß in Vierteljahresraten zu zahlen, dessen Höhe nach dem Wortlaut des Gesetzes der Verbandsrat bestimmt, also auf Grund des Organisationsgesetzes für das ehemalige preußische Teilgebiet vom 1. August 1919 der Ministerrat. Im § 61 der durchzuführenden Vorschriften zum Gesetz über die Umsatzsteuer setzte der Verbandsrat die Höhe des Vorschusses im Verhältnis zur Steuer fest, die im laufenden Jahre zu zahlen ist, und zwar 60 v. H. dieser Steuer, zahlbar in drei Vierteljahresraten zu Anfang April, Juli und Oktober. Unter Berücksichtigung der veränderten Wirtschaftsbedingungen dieses Jahres im Vergleich zu denen des Vorjahres, besonders aber des Umstandes, daß der Vorschuß nach der Steuer festgesetzt wurde, die nach dem Umsatz vom Jahre 1920 berechnet wurde und die nicht einmal annähernd die angenommene Höhe der Umsatzsteuer erreichen würde, die nach den Umsätzen vom Jahre 1921 zu berechnen ist, hat der Ministerrat am 19. d. Mts. eine Änderung des § 61 in dem Sinne beschlossen, daß der Vorschuß nicht mehr 60, sondern 1000 v. H. der Steuern betragen soll, die nach den Umsätzen im Jahre 1920 berechnet werden, zahlbar also in diesem Jahre. Da Fälle eintreten können, daß die Zahlung eines so hohen Vorschusses für die Steuerzahler eine Erschwernis bedeuten könnte, was aber nur in besonderen Ausnahmefällen berücksichtigt werden kann, hat der Ministerrat weiter beschlossen, daß die Steuerbehörden das Recht haben sollen, die Höhe des Vorschusses im Betrage von ½ v. H. von dem tatsächlichen Umsatze des laufenden Jahres bis zum 1. Oktober zu berechnen. Eine entsprechende Verordnung des Ministerrates wird demnächst im „Dziennik Ustaw" erscheinen.

Ida Esser †. Mit dem Heimgang von Frl. Ida Esser, wissenschaftlicher Lehrerin am Wegenerschen Lyzeum ist eines der treuesten Mitglieder des ehemaligen Posener Lehrerinnenvereins für mittlere und höhere Schulen dahingegangen. Durch lange Jahre hat die Entschlafene das verantwortungsvolle Amt der Vereinskassiererin mit vorbildlicher Treue ausgeübt und sich den wärmsten Dank des Vorstandes erworben. Einen besonders schweren Verlust bringt das Dahinscheiden von Frl. Ida Esser dem Wegenerschen Lyzeum, zu dessen treuesten Mitarbeiterinnen sie gehörte. In der Stille wirkend, erwarb sich die Dahingegangene große Verdienste um die heranwachsende weibliche Jugend Posens.

X Goldenes Ehejubiläum. Am Mittwoch, 12. Oktober, feiert der Schulrat Baumhauer, der Leiter des hiesigen Bezirksschulvereins, mit seiner Frau Antonie, geb. Krause, das Fest der goldenen Hochzeit.

X Sein 40jähriges Dienstjubiläum im Dienste der Posener Straßenbahn kann heute, Sonnabend, der Wagenmeister Josef Kolan begehen. Der Jubilar erfreut sich trotz seiner 68 Jahre noch großer körperlicher und geistiger Rüstigkeit und wird infolgedessen nach menschlichem Ermessen noch weiter imstande sein, wie bisher mit Treue und Zuverlässigkeit seines Amtes zu walten. Die Direktion der Straßenbahn erfreute den Jubilar durch ein namhaftes Geldgeschenk, die Straßenbahnangestellten überreichten ihm ein wertvolles Andenken.

Warnungen vor ungeprüften Hebammen. Es kommen Fälle vor, daß Wöchnerinnen aus Sparsamkeitsgründen sich von ungeprüften Hebammen behandeln lassen, wodurch sie sich der Gefahr aussetzen, sich lebenslängliche Krankheiten zuzuziehen. Es wird deshalb amtlich darauf hingewiesen, daß die Obliegenheiten einer Hebamme nur von Hebammen mit Staatsprüfung ausgeführt werden können und daß Uebertretungen in dieser Hinsicht strafbar sind.

Volksmusikschule. Der Unterricht der Volksmusikschule des Deutschtumsbundes ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Neue Anmeldungen von Schülern werden jeden Dienstag und Freitag von 12—1 und 6—7 Uhr von der Leiterin der Beratungsstelle für musikalische Erziehung und Bildung Frl. Klavitter, wohnhaft Kantaka 9 III r., entgegengenommen. Der Unterricht findet in keinem besonderen Lehrgebäude statt, sondern in den Privatwohnungen der beteiligten Lehrkräfte. Für begabte Minderbemittelte, die ihre Bedürftigkeit nachweisen können, werden Unterstützungen zu den Honoraren gewährt werden. Ein entsprechender Antrag ist an die Leiterin Fräulein Klavitter zu richten. Als Unterrichtsfächer gelten Klavier, Geige, Ensemblespiel, Sologesang, Chorgesang, Harmonielehre und Musikgeschichte. Der Unterricht kann jederzeit begonnen werden. Es wird darauf hingewiesen, daß noch in Posen anwesende deutsche Musiklehrkräfte sich in ihrem eigenen Interesse bei der musikalischen Beratungsstelle melden mögen. Daselbst können auch Noten zu guten Tagespreisen verkauft werden.

X Gaunerfrechheit. Heute früh bot sich den Passanten der ul. Głogowska (fr. Glogauerstr.) ein überraschender Anblick. In dem ehemals Matthes'sche Geflügelgeschäft im Hause Nr. 107, in dem jetzt ein gewisser Jachowiak eine Möbelhandlung eingerichtet hat, war die untere Hälfte der Schaufensterscheibe herausgeschnitten und zertrümmert worden. Dann hatten die Einbrecher die ganze aus wertvollen altertümlichen Glassachen, Uhren, Bildern usw. bestehende Schaufensterauslage ausgeräumt und sind mit ihrer Beute im Werte von rd. 100 000 M. verschwunden. Ein Teil der gestohlenen Sachen war dem Ladeninhaber von anderen Leuten zum Verkauf übertragen worden. Der Wert der zertrümmerten Schaufensterscheibe dürfte sich auf rd. 200 000 M. beziffern, so daß der Gesamtschaden 300 000 M. beträgt. Der Einbruch zeugt von einer ganz ungewöhnlichen Frechheit der Täter, da er an einer selbst des Nachts viel benutzten Straße verübt wurde.

X Einem alten Schwindel zum Opfer gefallen ist gestern wieder ein gewisser Tomasz Wróblewski aus Konin. Zu ihm gesellten sich, als er im Ansiedlungskommissionsgebäude etwas erledigen wollte, zwei Männer, die ihm erklärten, sie hätten ein Geldpaket gefunden und seien gewillt, dessen Inhalt mit ihm zu teilen. Durch diese Versprechung lockten sie ihn auf ein Feld außerhalb der Stadt, wo noch zwei andere Männer „zufällig" hinzukamen. Man machte sich nun an die Teilung der Beute. In demselben Augenblick erschien noch ein Mann, der sich als Verlierer des Geldpakets ausgab und, da angeblich an der Summe etwas fehlte, eine Leibesvisitation der Finder vornahm. Wróblewski zeigte seine Barschaft von 102 Dollar vor, die ihm aber mit dem Bemerken wieder zurückgegeben wurde, daß dieses Geld nicht aus dem Geldpaket stamme. Man riet ihm freundlichst, er möge schleunigst wieder in die Stadt eilen, da die ganze Gegend nicht sicher sei und er somit Gefahr laufe, daß ihm sein Geld gestohlen würde. Der Koniner setzte sich froh, so leichten Kaufes davongekommen zu sein, in einen lebhaften Trab und war glücklich, als er sich wieder in der Stadt befand. Hier trat er auf einen Hof. Wie erschrak er aber, als er sein Paket aufwickelte und sah, daß seine 102 Dollar verschwunden waren. Nun kamen ihm doch etliche Bedenken an der Ehrlichkeit der fünf Männer, und er erstattete bei der Polizei Anzeige.

X Diebstähle. Gestern nacht wurden aus dem Zigarrengeschäft am Stary Rynek 1 (fr. Alter Markt) 7000 Zigaretten im Werte von 30 000 M. gestohlen. — Gestern wurden aus einer Wohnung des Hauses ul. Głogowska 102 (fr. Glogauerstr.) Bettwäsche, 3 Läufer 10 Kissen, 10 Klassikerbände im Werte von 50 000 M. gestohlen. — Am Donnerstag wurde aus dem Zoologischen Garten ein Fahrrad, Marke W. K. C. Solingen im Werte von 22 000 M. gestohlen. — Der Frau Walentyna Budzyńska am Plac Działowy 7 (fr. Kanonenplatz) wohnhaft, wurde auf der Eisenbahnfahrt von Łódź nach Kalisch eine große Kiste mit Kleidern und sonstigen Kleidungsstücken im Werte von 300 000 M. gestohlen.

ck. Lissa, 28. September. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurden für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen in den Wahlausschuß gewählt: zum Vorsitzenden Bürgermeister Dombek, zu Mitgliedern die Stadtvv. Raszewski, Rzepka, Posledniak und Metelski. — Der Kreis als Unterhaltspflichtiger beabsichtigt, die Bahnhofstraße demnächst umpflastern zu lassen, wobei die Kosten für den Straßendamm von dem Kreise, die für die Bürgersteige von der Stadt bzw. zu ½ von den Anliegern zu tragen sind. Der Magistrat will nun bei dem Straßenbau den Bürgersteig, soweit er noch nicht mit Bordschwellen versehen ist, damit versehen, was einen Kostenaufwand von über 500 000 M. erfordert. Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu, jedoch soll sie erst dann vorgenommen werden, wenn genügende Mittel dafür vorhanden sind. Bei der Beratung dieses Gegenstandes erfuhr man u. a., daß die Stadt bereits 8 Millionen Mark in den letzten zwei Jahren an Darlehen aufgenommen hat. Für den östlichen Teil der Westpromenade, deren Fahrdamm im Laufe dieses Sommers umgepflastert wurde, ist die Legung eines Bürgersteiges an der Häuserfront notwendig. Die Kosten von 260 000 M. wurden bewilligt. Zum Bahnanschluß des Wasserwerks werden die bisherigen Kosten von 600 000 M. für Erdarbeiten bewilligt. Die Verbindungsbahn wird vom Bahnhof Zaborowo der Lissa—Guhrauer Bahn abzweigend durch das ehemalige Birkenwäldchen über die Chaussee gelegt und mündet direkt vor dem Kohlenschuppen des Wasserwerks. Durch diesen Anschluß des Werkes an die Bahn hofft man große Ersparnisse zu machen, denn die Zufuhr des Brennmaterials vom Bahnhof Lissa nach dem Werk hat im letzten Jahre 360 000 M. verursacht, während die Verzinsung der Bahnanlage bei weitem diese Höhe nicht erreichen wird. Die Ausführung des Oberbaues wird der Eisenbahnverwaltung übertragen werden. Für die Reinigung des Abflußkanals von der Pumpstation der Kanalisation waren 150 000 M. veranschlagt. Die Kosten betrugen aber 434 260 M. Diese Arbeit hätte wohl noch bis zum nächsten Jahre verschoben werden können; sie wurde aber ausgeführt, um den zahlreichen Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen. Es wird nach dem Magistratsantrage beschlossen, nachdem die Überschreitung genehmigt war, diese Kosten auf den Kanalisationsetat zu übernehmen und auf 5 Jahre zu verteilen. Vom Stadtbauamt wird hierauf vorgeschlagen, neben dem in diesem Sommer ausgeführten Badebassin am Wasserwerk noch ein zweites, größeres, zu errichten. Dieser Vorschlag wurde aber abgelehnt, man solle lieber eine richtige moderne Badeanstalt bauen, die auch im Winter benutzt werden kann. Letzter Gegenstand der Tagesordnung waren Mitteilungen. Stadtv. Szurkowski verlangte nochmals Aufklärung über die Leinwandabgabe des Starostwo für die Armen der Stadt, worauf der Magistratsleiter erwiderte, daß die Sache in der nächsten Sitzung zur Aufklärung kommen wird. Weiter wurde mitgeteilt: Ingenieur Hermann Schneider, in Schlesien wohnhaft, ein ehemaliger Mitbürger von Lissa, hat durch das Konsulat in Breslau der Stadt 1000 M. deutscher Währung für Armenzwecke geschenkt. Hierfür hat die Stadt 49 500 M. poln. vereinnahmt zum Fonds der Armenunterstützung. — Die Milchknappheit wird immer beängstigender, namentlich für die Versorgung von Kindern und Kranken. Der jetzige Direktor der Herrschaft Lissa-Laube in Antonshof hat sich bereit erklärt, die auf der Herrschaft gewonnene Milch der Stadt im ganzen abzulassen, so daß der Verkauf durch die Stadt, gegen Marken, erfolgen wird. Um den Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen, ihre Zahl geht bereits weit über 500 hinaus, soll an den Bau der Eisenbahn Lissa—Schrimm herangegangen werden, die schon seit Jahren geplant war. Eine Anregung von seiten des hiesigen Magistrats wurde von der Stadt Schrimm jetzt wieder aufgenommen zur schleunigen Vorbereitung dieser Angelegenheit.

w. w. Wollstein, 30. September. Zur Sicherung der bevorstehenden Stadtverordneten-, Kreistags- und Sejmwahlen wurde hier ein deutscher Wahlverein gegründet. — In einer gut besuchten Versammlung hat sich hier eine polnische Volkslesebibliothek-Gesellschaft unter der Leitung des Propstes Śpikowski gebildet, die den Kreis in 12 Lesebüchereien umfaßt.

Aus dem Gerichtssaal.

* Königsberg i. Pr., 30. September. Die 14jährige Gespannführertochter Margarethe Fischer aus Nautzau im Samlande stand vor der Strafkammer wegen Doppelmordes an einem 2jährigen Knaben und einem 3jährigen Mädchen. Sie gestand, im August d. Js. diese beiden unglücklichen Kinder an sich gelockt und mit einem Strick erwürgt zu haben. Die Verbrecherin weidete sich an den Todesqualen ihrer Opfer. Das Gericht sah die Straftat der jugendlichen Mörderin als Mord an, wobei die verbrecherliche Veranlagung als nicht strafmildernd in Betracht kam. Das Urteil lautete wegen Mordes in zwei Fällen auf fünf Jahre Gefängnis.

Neues vom Tage.

§ Schweres Unglück auf einem Schießplatz. Auf dem Schießplatz Arys bei Königsberg fanden Knaben eine leichte Mine. Diese explodierte und tötete drei Knaben, zwei wurden schwer verletzt.

§ Das amerikanische Unterseeboot „N. 6" ist gesunken, wobei, wie bisher bekannt wurde, 10 Personen den Tod fanden.

§ Schwerer Unfall in der englischen Marine. Dem auf einer Reise durch die Ostsee befindlichen englischen Geschwader stieß vor Reval ein Unfall zu. Als ein Boot des Kreuzers „Castor" auf der Revaler Reede zu Wasser gelassen wurde, zerschlugen es die Wellen. Dabei ertranken ein Leutnant und sieben Matrosen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

F. S. in Ch. Unseres Wissens handelt es sich bei der Entscheidung des Danziger Obergerichts um das erste derartige Urteil. Beschlagnahmt werden kann das Guthaben einer hier geborenen, aber in Deutschland wohnenden Person überhaupt nicht, es kann aber liquidiert werden.

P. S. P. 1. Die betr. Behörde ist dazu berechtigt. 2. Ja. 3. Nein.

H. 77. Falls Sie optieren, haben Sie das nach den jetzt hier geltenden Bestimmungen der polnischen Behörden beim Starosten Ihres Wohnsitzes zu tun. An Papieren sind die Urkunden erforderlich, die beweisen, daß Sie und Ihre Angehörigen, d. h. Ihre Frau und Ihre Kinder über 18 Jahren, die polnische Staatsangehörigkeit durch den Friedensvertrag von Versailles erworben haben. Solche Urkunden sind die Geburtsurkunden, Ihre Heiratsurkunde, sowie die Bescheinigung, daß Sie seit 1908 bis 10. Januar 1920 ununterbrochen Ihren Wohnsitz im ehem. preußischen Teilgebiet gehabt haben.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznan.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Der polnische Staatshaushalt für 1921.

Für das Jahr 1921 ist zum ersten Male ein vollständiges Jahresbudget aufgestellt, das mit einem Defizit von ca. 74 Milliarden abschließt.

Einnahmen

	laufende	außergewöhnliche	Summe
1. Staatspräsident	—	19 600	19 600
2. Gesetzgebender Sejm	173 640	—	173 640
3. Staatskontrolle	—	—	—
4. Präsidium des Ministerrats	89 384 734	85 403 161	174 787 985
5. Ministerium des Auswärtigen	1 787 762 000	820 000	1 788 582 000
6. Kriegsministerium	—	4 892 687 060	4 892 687 060
7. Ministerium des Innern	1 505 960 204	10 430 000	1 517 390 204
8. Finanzministerium	40 920 274 814	23 533 361 517	64 453 636 331
9. Justizministerium	186 990 000	—	186 990 000
10. Ministerium für Handel u. Industrie	78 090 607	372 643 148	450 733 755
11. Eisenbahnministerium	26 140 149 000	2 440 000	21 142 589 000
12. Ministerium für Landwirtschaft und Domänen	4 258 897 760	135 926 000	4 394 823 760
13. Ministerium f. Kirche und Religion	74 388 735	—	74 388 735
14. Ministerium für Post und Telegraphie	3 693 137 551	—	3 693 137 551
15. Ernährungsministerium	75 089 000	5 500 000 000	5 575 089 000
16. Gesundheitsministerium	257 503 140	355 080 000	101 673 140
17. Ministerium für Kunst und Kultur	1 285 448	—	1 285 448
18. Ministerium für öffentliche Arbeiten	323 580 490	1 900 000	325 488 490
19. Arbeits- und Wohlfahrtsministerium	624 999 800	14 000 000	638 999 800
20. Hauptliquidationsbehörde	—	207 547 416	207 547 416
21. Hauptlandesbehörde	976 488 000	90 700 000	1 067 188 000
Summe	80 983 252 923	35 202 957 902	116 186 210 825
22. Ministerium für das preuß. Teilgebiet	18 774 888 716	205 602 765	18 980 491 481
Summe	99 758 141 639	35 408 560 667	135 166 702 306

Ausgaben

	laufende	außergewöhnliche	Summe
1. Staatspräsident	11 983 071	1 000 000	19 283 071
2. Gesetzgebender Sejm	172 755 756	50 162 478	222 918 234
3. Staatskontrolle	124 499 556	14 099 300	138 598 856
4. Präsidium des Ministerrats	278 989 910	540 216 104	819 206 014
5. Ministerium des Auswärtigen	387 475 899	3 213 931 005	3 601 406 904
6. Kriegsministerium	28 501 116 500	32 532 179 000	61 033 295 500
7. Ministerium des Innern	6 895 146 590	308 036 000	7 203 182 590
8. Finanzministerium	10 348 003 306	1 802 815 517	12 150 818 823
9. Justizministerium	2 537 919 014	109 537 041	2 647 456 055
10. Ministerium für Handel und Industrie	157 689 753	7 216 721 121	7 374 410 874
11. Eisenbahnministerium	30 264 922 600	11 830 909 300	42 005 831 900
12. Ministerium für Landwirtschaft und Domänen	2 637 662 317	5 511 763 586	8 149 725 903
13. Ministerium für Kirche und Religion	10 782 447 896	622 267 824	11 404 715 738
14. Ministerium für Post und Telegraphie	2 489 044 169	711 257 600	3 200 301 760
15. Ernährungsministerium	316 309 041	19 563 409 000	19 879 709 041
16. Gesundheitsministerium	1 230 244 100	1 045 632 058	2 275 876 158
17. Ministerium für Kunst und Kultur	38 552 766	84 058 400	122 611 166
18. Ministerium für öffentliche Arbeiten	2 142 706 985	8 699 796 000	10 842 502 985
19. Arbeits- und Wohlfahrtsministerium	290 097 782	1 121 306 507	1 141 404 289
20. Hauptliquidationsbehörde	190 158 446	202 042 416	392 200 862
21. Hauptlandesbehörde	826 126 000	276 888 000	1 103 014 000
Summe	100 625 151 457	95 458 019 275	196 082 170 732
22. Ministerium für das preußische Teilgebiet	10 418 533 884	2 470 480 279	12 879 014 163
Summe	111 042 685 341	97 918 499 554	208 961 184 895

Beim Etat ist besonders bemerkenswert, daß das Kriegsministerium ein Defizit von ca. 57 Milliarden hat, während für Kunst und Kultur nur ca. 120 Millionen verausgabt wurden.

Das Defizit der Eisenbahn beträgt ca. 20 Milliarden.

Überblick über die polnische Industrie.

(Aus dem Ruch prawniczy.)

Kohlenindustrie.

1920 wurden in Polen 6 395 151 Tonnen und 238 318 Tonnen Braunkohle gefördert. Davon im Gebiet Dombrowa 4 875 564 Tonnen Steinkohle und 238 318 Tonnen Braunkohle, im Gebiet Krakau 1 518 569 Tonnen in Steinkohlen. Die allgemeine Produktion an Eisenerz betrug im Jahre 1920 ungefähr 120 000 To. Die Rohstoffproduktion betrug 82 260 To. Davon entfielen auf Rohstoffe für die Martinswerke 77 940 To. und die Gußwerke 14 320 To. Im Vergleich zu 1919 beträgt der Produktionszuwachs fast das Dreifache. 1920 arbeiteten 5 Hochöfen, darunter 4 mit Koks und 1 mit Holzkohle. 1920 arbeiteten 7 Martinsöfen gegenüber 3 von 1919, die 68 840 To. Eisenstahlblöcke sowie Abgüße oder etwa viermal mehr als 1919 hergestellt haben. 1920 arbeiteten 8 Walzwerke gegenüber 4 von 1919, die 55 920 To. jeder Art Handels- und Fassoneisen, Bleche, Schienen, Röhren, Bandagen zu Dampfrädern und Teile zu Pflügen sowie 6990 To. Schmiedepreß- und Gußgegenstände hergestellt haben. An Arbeitern waren im Hüttenwesen 1920 angestellt 10 300 oder fast 50 % im Vergleich zu 1913, und zweimal mehr als 1919.

1920 wurde Salz erzeugt in Wieliczka 190 000, Bochnia 24 000, Czechocinko 4000, Inowrocław (Pos. Gebiet) 27 000, Wapno (Pos. Gebiet) 360 000 Tonnen, zusammen 650 000 Tonnen.

Die Naphthaproduktion betrug 1920 765 090 Tonnen. Verarbeitet wurden in den Raffinerien 668 770 To. Naphtha. Zu Heizzwecken für den inneren Bedarf des Landes wurden 38 000 Tonnen freigegeben. An Naphthaerzeugnissen wurden 1920 hergestellt: Benzin 76 900, Brennmaterial 141 770 Tonnen, andere Produkte (Naphtha, Schmierfett, Parafin) 389 550 To. Ins Ausland ausgeführt wurden im Jahre 1920: Benzin 22 360 To., andere Produkte (Naphtha, Schmierfett, Parafin) 139 450 To., Heizprodukte 37 000 To. Im Lande wurden im Jahre 1920 verbraucht: Benzin 50 280 To., andere Produkte (Naphtha, Schmierfett, Parafin) 160 950 To., Heizmaterial 46 660 To.

Mineralindustrie.

Die Mineralindustrie beschäftigte vor dem Kriege in ganz Polen etwa 55 000 Arbeiter, davon entfallen auf Kongreßpolen 22 000, auf Kleinpolen 16 000, auf das ehem. preuß. Teilgebiet 17 000. Kalkbrennereien: Vor dem Kriege waren im ehem. Kongreßpolen 20 Kalkbrennereiunternehmungen, die zusammen 50 Öfen besitzen und etwa 200 000 Tonnen Kalk herstellen. Die Produktion befriedigte die eigenen Bedürfnisse und es wurden etwa 15 % der Produktion nach Rußland, selbst nach Deutschland (Ostpreußen) ausgeführt, was die Güte unserer Produktion bezeugt. Gegenwärtig sind kaum 21 Öfen tätig, die etwa 8000—10 000 To. monatlich herstellen. Der Mangel an Kohlen beeinträchtigt den Kalkofenbetrieb. In Galizien ist die Kalkbrennerei nicht schlecht gestellt. Von etwa 30 Kalköfen arbeiten gegenwärtig 20, im ehem. preuß. Teilgebiet haben wir 40 %, die im Betrieb befindlich sind.

Ziegeleiwesen im ehem. Kongreßpolen.

Im ehem. Kongreßpolen arbeiten von 300 Ziegeleien kaum 38 mit Dampfbetrieb, 56 beschäftigen über 500 Arbeiter, 170 über 12. Die übrigen gehören zu den kleinen Betrieben. Gegenwärtig sind etwa 30 % der Unternehmungen mit einer Produktion von 15 % gegenüber der vorkriegszeitlichen Industrie in Tätigkeit. Der Mangel an Kohle macht eine weitere Inbetriebsetzung unmöglich. In Großpolen und Pommerellen arbeiten von 297 Ziegeleien etwa 50 %.

Die Glasindustrie.

Die Glasindustrie in Polen ist nur im ehem. Kongreßpolen entwickelt, in anderen Teilgebieten besteht diese Industrie kaum in den Anfängen. Die polnische Glasindustrie erzeugt leider noch kein Spiegelglas, ebenso nur wenig Schaufenster- und Tafelglas. Sie stellt vorwiegend Flaschen und Schmuckglas her. Von den vor dem Kriege mit etwa 6000 Arbeitern tätig gewesenen Glasfabriken sind gegenwärtig nur etwa 20 mit einer Produktion von 25 % im Betrieb. Auch macht sich der Kohlenmangel empfindlich bemerkbar. Im Kosnigebiet (Galizien) sind 2 Fabriken, die Tafel- und Geräteglas herstellen und mit Erdgas betrieben werden. Im ehem. preuß. Teilgebiet beschäftigen sich 7 von den im Betrieb befindlichen Hütten mit Flaschenherstellung.

(Fortsetzung folgt.)

Die österreichische Währungskatastrophe.

Die österreichische Volkswirtschaft ist in den letzten Tagen derart heftigen Erschütterungen ausgesetzt gewesen, daß sich unwillkürlich die Frage aufdrängt, wieweit noch dieser Staat vor dem völligen Bankerott und vor seinem tatsächlichen Ende entfernt ist. Die Wiener Börse bot in den letzten Tagen ein Bild wüster Devisenspekulationen, die den österreichischen Kronenkurs beinahe auf die Hälfte seines letzten Wertes herabdrückten; die Regierung war zuerst entschlossen, die österreichischen Börsen überhaupt zu sperren und begnügte sich endlich mit einer Schließung von zwei Wochentagen. Tatsache ist, daß die Vermehrung des Banknotenumlaufs in Österreich allein das Ausmaß der Kronenentwertung keineswegs rechtfertigen kann. Vor dem Krieg betrug im heutigen Deutschösterreich der Notenumlauf 800 Mill. Kronen, im vergangenen August 54 000 Millionen. Vor dem Kriege notierte in Wien der Dollar mit 5, im vergangenen August mit über 1000 Kronen. Während also der Notenumlauf auf das 68fache gestiegen ist, stieg der Dollarkurs auf das 223fache. Diese Spannung tritt auch im Verhältnis zwischen Kronen und Mark entgegen. Die Notenmenge in Österreich ist heute etwa, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, fünfmal größer als die in Deutschland, während die Mark fast fünfzehnmal höher notiert als die Krone. Neben dem Mangel an Selbstvertrauen und nörgelnder Herabsetzung, beides stets zum Charakterbild des Österreichers gehörig, kommt nur die hemmungslose Devisenspekulation als Erklärungsgrund in Betracht.

Einen starken Anreiz allerdings fand die Drückung des Kronenkurses im ewigen Hinausziehen der Kreditaktion seitens der Ententestaaten. Glaubte man endlich einen noch so gering bemessenen Vorschuß in englischen Pfunds eingelangt, so wird die Nachricht am nächsten Tag dementiert und die Krone nur um so tiefer herabgedrückt. Es ist ein gefährliches Spiel, das die Entente mit Österreich treibt; denn der wirtschaftliche und damit auch politische Untergang dieses Staates würde einen neuen Krieg in Mitteleuropa von ganz unabsehbaren Folgen entfachen. Man weiß ganz gut, daß die paar Millionen Pfund, die Österreich geliehen bekommen soll, nicht vielleicht Regungen der Wohltätigkeit entfließen, sondern bloß eine Prämie darstellen, mit der die Gewalt-Friedensverträge versichert werden sollen.

Die Unmöglichkeit, die Krone zu stabilisieren, treibt die Preise für die eingeführten Lebensmittel in die Höhe, sie veranlaßt die Staatsangestellten zu immer neuen Forderungen, deren Befriedigung nur durch eine immer ausgedehntere Betätigung der Notenpresse erfolgen kann. Nirgends in der Welt ist die Inflation derart ins Ungeheuerliche gestiegen wie in Österreich; nirgends ist die Nebeneinanderstellung der Preise, das Bildhafte der Beispiele von einst und jetzt so kraß, daß sich die Kritik stets von neuem daran ergötzt. Um nur einiges nebeneinander zu stellen:

1921	Kronen	1914
1 Semmel	7	2 Flaschen Bordeaux
1 Schaukelpferd	4000	1 Vollblut
1 Kohinoor-Bleistift	40	1 Schreibtisch
1 Paar Schuhbändchen	36	2 Paar Schuhe
1 Straßenbahnfahrt	10	Fahrt Wien—Salzburg
1 Ziege	3000	1 kleines Bauerngehöft
1 Kravatte	1000	1 Speisezimmereinrichtung
1 gefütterter Regenmantel	28 000	1 bürgerliche Villa
1 Automobil	1 500 000	8 Tage Verpflegung der gesamten österreichisch-ungar. Armee.

Noch einige Monate in diesem Tempo, und man wird auf dem Boden der russischen Volkswirtschaft und Geldentwertung angelangt sein, wo allerdings die vorwiegende Naturalwirtschaft die Inflation bei weitem nicht so fühlbar werden läßt wie etwa im industriell hochentwickelten Österreich.

Die Ernten der Welt 1920/21.

Das Internationale Ackerbau-Institut veröffentlicht folgende Ergebnisse der Ernten der hauptsächlichen Anbauländer im Jahre 1921 zusammengenommen, und daneben (in Klammern) wie viel Prozent der Ernte 1920 diese Gesamtziffern ausmachen.

Weizen: Belgien, Bulgarien, Spanien, Finnland, Elsaß-Lothringen, Ungarn, Griechenland, Italien, Niederlande, Indien, Japan, Algier, Tunis, Marokko, Kanada und die Vereinigten Staaten: 71 410 000 Quarter (102 Proz. v. 1920).

Roggen: Belgien, Bulgarien, Spanien, Finnland, Elsaß-Lothringen, Griechenland, Ungarn, Italien, Niederlande, Polen, Kanada und die Vereinigten Staaten: 36 931 000 Quarter (120 Proz. v. 1920).

Gerste: Belgien, Bulgarien, Spanien, Finnland, Elsaß-Lothringen, Ungarn, Griechenland, Italien, Niederlande, Polen, Japan, Algier, Tunis, Marokko, Kanada und die Vereinigten Staaten: 71 410 000 Quarter (10 Proz. v. 1920).

Hafer: Belgien, Bulgarien, Spanien, Finnland, Elsaß-Lothringen, Ungarn, Italien, Niederlande, Polen, Tunis, Algier, Kanada und die Vereinigten Staaten: 198 890 000 Quarter (82 Proz. v. 1920).

Mais: Bulgarien, Griechenland, Elsaß-Lothringen, Kanada, Algier und die Vereinigten Staaten: 360 363 000 Quarter (94 Proz. von 1920).

Leinsamen: Bulgarien, Spanien, Italien, Indien, Algier, Tunis, Kanada und die Vereinigten Staaten: 678 000 Tonnen (75 Proz. v. 1920).

= **Polnische Erdölgewinnung im Juli.** Der Juli hat keine größere Erhöhung der Erdölgewinnung gebracht; diese hielt sich vielmehr genau auf der Höhe des Juni, war allerdings etwas größer als im Juli 1920. Das Gesamtergebnis beträgt für Juli 45 065 t gegen 45 260 im Juni. Im Gebiet von Boryslaw betrug die Gewinnung 18 960, im Gebiet von Tustanowice 17 315, im Gebiet von Mraznica 8403 t, während der Rest auf Fangöl entfällt. An erster Stelle steht von den Erzeugern die Firma Silva Plana mit 5455 t, an zweiter Stelle Galicia mit 5415 t, worauf Fanto mit 5337½, Karpathen mit 3929½ und Premier mit 3755 t folgen.

= **Von der Graudenzer Industrie- und Handelskammer.** Durch Verordnung des Ministers für das ehemalige preußische Teilgebiet vom 30. August d. J. sind die Kreise Stargard, Berent, Dirschau, Karthaus, Neustadt und Putzig dem Bezirk der Industrie- und Handelskammer in Graudenz mit der Bestimmung einverleibt worden, daß die Sitzungen der Kammer viermal im Jahre in Stargard stattzufinden haben. Gleichzeitig ist der Kreis Tuchel und der Polen zufallende Teil des Kreises Zempelburg von der Graudenzer Kammer abgetrennt und dem Bezirk der Industrie- und Handelskammer in Bromberg zugeteilt worden.

(„Der Osten").

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	1. Oktober	30. September
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% " " Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% " " ohne Buchst.	—,—	—,—
3½% " " Buchst. C	—,—	—,—
4% " " Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% " " (neue)	—,—	—,—
4% " (neue) mit poln. Stempel	110 + N	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	120 +
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	290 + A
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	230 +	225 + N
Bank Związku VIII em. (ungest.)	230 +	225 + N
Bank Związku IX em. (ungest.)	230 +	335 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII	335 + A	335 + A
" " " VIII	335 + A	335 + A
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	515 +	510 +
Bank Ziemian I—III	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em.	—,—	195 +
R. Barcikowski V em.	—,—	170 + A
Centrala Skór I—II	500 + N	465 + N
" " III	475 + N	440 +
Lubań	700 + N	650 + N
Dr. Roman May I—III	600 + N	550 + N
" " " IV	550 + N	510 + N
Patria	525 + N	490 + N
Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Kup.)	—,—	—,—
C. Hartwig I—III em.	480 +	—,
C. Hartwig IV em.	460 +	440 + N
Cegielski I—VI em.	305 + N	290 + N
Cegielski VII em.	305 + N	290 + N
Hurtownia Związkowa	180 + A	—,—
Centrala Rolników	330 + N	320 + N
Dollars	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański (exkl. Bezugsr.)	—,—	150 + N
Bank Przemysłowców	240 + N	235 + N
Lucjan Nowiński	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna I—II	170 + N	—,—
Hartwig Kantorowicz	675-680-670 + N	650—640 + N
Wytwornia Chemiczna I—II exkl. Bezugsrecht	300-310-300 + A	260—270 + N
Wyroby Ceramiczne Krotoschin	160 + A	—,—
Drzewo Wronki	300 + A	280—300 + A
Wisła	950 + N	900 +
Arcona	460—475 + N	450 + N
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	160 + A	150—155 + N
Wytwornia Maszyn Młyńskich	485 + N	—,—
Herzfeld Viktorius	825-900-800 + N	550—700 + N
Bentzki	1050 +	1000—1050 + N
Orient	275—280 + N	255—260 + N
Sarmatia	600 + N	560 + N
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	—,—	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—,—	—,—
Papiernia, Bydgoszcz	325—335 + N	310—320 + N
Trie (exkl. Dev.-Stck.)	—,—	—,—
Hurtownia Skór I	320—310 + A	—,—
Złącz. Cegieln. Aug.-Gradowice	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	170 + N	175 +
Hurtownia Spółek Spożywcz.	—,—	—,—
Pneumatik	—,—	—,—